

J. W. STALIN
RUNDFUNKREDE

3. Juli 1941

*Genossen! Bürger! Brüder und Schwestern!
Kämpfer unserer Armee und Flotte!*

An euch wende ich mich, meine Freunde!

Der von Hitlerdeutschland am 22. Juni wortbrüchig begonnene militärische Überfall auf unsere Heimat dauert an. Trotz des heldenhaften Widerstands der Roten Armee und ungeachtet dessen, daß die besten Divisionen des Feindes und die besten Einheiten seiner Luftwaffe schon zerschmettert sind und auf den Schlachtfeldern ihr Grab gefunden haben, setzt der Feind, der neue Kräfte an die Front wirft, sein Vordringen weiter fort. Es ist den Hitlertruppen gelungen, Litauen, einen beträchtlichen Teil Lettlands, den westlichen Teil Belorußlands, einen Teil der Westukraine zu besetzen. Die faschistische Luftwaffe erweitert den Tätigkeitsbereich ihrer Bombenflugzeuge und bombardiert Murmansk, Orscha, Mogilew, Smolensk, Kiew, Odessa, Sewastopol. Über unsere Heimat ist eine ernste Gefahr heraufgezogen.

Wie konnte es geschehen, daß unsere ruhmvolle Rote Armee den faschistischen Truppen eine Reihe unserer Städte und Gebiete überlassen hat? Sind die faschistischen deutschen Truppen denn etwa in Wirklichkeit unbesiegbare Truppen, wie das die großmäuligen faschistischen Propagandisten unermüdlich in die Welt hinausposaunen?

Natürlich nicht! Die Geschichte zeigt, daß es keine unbesiegbaren Armeen gibt und nie gegeben hat. Napoleons Armee galt als

unbesiegbar, aber sie wurde abwechselnd von russischen, englischen und deutschen Truppen geschlagen. Die deutsche Armee Wilhelms zur Zeit des ersten imperialistischen Krieges galt ebenfalls als eine unbesiegbare Armee, aber sie erlitt mehrere Male Niederlagen durch die russischen und englisch-französischen Truppen und wurde zuletzt von den englisch-französischen Truppen vernichtend geschlagen. Dasselbe muß von der jetzigen faschistischen deutschen Armee Hitlers gesagt werden. Diese Armee ist auf dem europäischen Festland noch auf keinen ernststen Widerstand gestoßen. Erst auf unserem Gebiet stieß sie auf ernststen Widerstand. Und wenn im Ergebnis dieses Widerstands unsere Rote Armee die besten Divisionen der faschistischen deutschen Armee geschlagen hat, so bedeutet das, daß die faschistische Hitlerarmee ebenfalls geschlagen werden kann und geschlagen werden wird, wie die Armeen Napoleons und Wilhelms geschlagen worden sind.

Die Tatsache aber, daß ein Teil unseres Gebiets dennoch von den faschistischen deutschen Truppen besetzt worden ist, erklärt sich hauptsächlich daraus, daß der Krieg des faschistischen Deutschlands gegen die UdSSR unter Bedingungen begonnen hat, die für die deutschen Truppen günstig und für die Sowjettruppen ungünstig waren. Es handelt sich darum, daß die Streitkräfte Deutschlands als eines kriegführenden Landes schon völlig mobilisiert waren, und die von Deutschland gegen die UdSSR geworfenen 170 Divisionen, die an den Grenzen der UdSSR aufmarschiert waren, befanden sich in voller Bereitschaft und warteten nur auf das Signal zum Vorgehen, während die Sowjettruppen erst mobilisiert und an die Grenzen vorgeschoben werden mußten. Von nicht geringer Bedeutung war dabei auch der Umstand, daß das faschistische Deutschland unerwartet und wortbrüchig den im Jahre 1939 zwischen ihm und der UdSSR abgeschlossenen Nichtangriffspakt zerrissen hat, ohne Rücksicht darauf, daß es von der ganzen Welt als Angreifer erklärt werden würde. Es ist verständlich, daß unser friedliebendes Land, das die Initiative zur Verletzung des Pakts nicht ergreifen wollte, den Weg des Wortbruchs nicht beschreiten konnte.

Man könnte fragen: Wie konnte es geschehen, daß sich die Sowjetregierung auf den Abschluß eines Nichtangriffspakts mit solchen wortbrüchigen Leuten und Ungeheuern wie Hitler und Ribbentrop eingelassen hat? Ist hier von der Sowjetregierung nicht ein Fehler begangen worden? Natürlich nicht! Ein Nichtangriffspakt ist ein Friedenspakt zwischen zwei Staaten. Eben einen solchen Pakt hat Deutschland uns im Jahre 1939 angeboten. Konnte die Sowjetregierung ein solches Angebot ablehnen? Ich denke, kein einziger friedliebender Staat kann ein Friedensabkommen mit einem benachbarten Reich ablehnen, selbst wenn an der Spitze dieses Reiches solche Ungeheuer und Kannibalen stehen wie Hitler und Ribbentrop. Dies aber natürlich unter der einen unerläßlichen Bedingung, daß das Friedensabkommen weder direkt noch indirekt die territoriale Integrität, die Unabhängigkeit und die Ehre des friedliebenden Staates berührt. Bekanntlich ist der Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der UdSSR gerade ein solcher Pakt.

Was haben wir durch den Abschluß des Nichtangriffspakts mit Deutschland gewonnen? Wir haben unserem Lande für anderthalb Jahre den Frieden gesichert sowie die Möglichkeit, unsere Kräfte zur Abwehr vorzubereiten, falls das faschistische Deutschland es riskieren sollte, unser Land trotz des Pakts zu überfallen. Das ist ein bestimmter Gewinn für uns und ein Verlust für das faschistische Deutschland.

Was hat das faschistische Deutschland durch die wortbrüchige Zerreißung des Pakts und den Überfall auf die UdSSR gewonnen, und was hat es verloren? Es hat dadurch für kurze Zeit eine gewisse vorteilhafte Lage für seine Truppen erzielt, hat aber in politischer Hinsicht verloren, da es sich in den Augen der ganzen Welt als blutiger Aggressor entlarvt hat. Es ist nicht zu bezweifeln, daß dieser kurzfristige militärische Gewinn für Deutschland nur eine Episode ist, während der gewaltige politische Gewinn für die UdSSR ein ernster Faktor von langer Dauer ist, auf den gegründet sich entscheidende militärische Erfolge der Roten Armee im Krieg gegen das faschistische Deutschland entfalten müssen.

Das eben ist der Grund, weshalb unsere ganze heldenmütige Armee, unsere ganze heldenhafte Kriegsmarine, alle unsere Fliegerfalken, alle Völker unseres Landes, alle wertvollen Menschen Europas, Amerikas und Asiens und schließlich alle wertvollen Menschen Deutschlands die wortbrüchigen Handlungen der deutschen Faschisten brandmarken und der Sowjetregierung ihre Sympathien entgegenbringen, die Handlungsweise der Sowjetregierung billigen, und weshalb sie erkennen, daß unsere Sache gerecht ist, daß der Feind zerschmettert werden wird, daß wir siegen müssen.

Mit dem uns aufgezwungenen Krieg hat unser Land den Kampf auf Leben und Tod gegen seinen schlimmsten und heimtückischsten Feind, den deutschen Faschismus, aufgenommen. Unsere Truppen schlagen sich heldenhaft mit einem Feind, der bis an die Zähne mit Panzern und Flugzeugen bewaffnet ist. Die Rote Armee und die Rote Flotte kämpfen aufopferungsvoll unter Überwindung zahlreicher Schwierigkeiten um jeden Fußbreit Sowjetbodens. In den Kampf treten die mit Tausenden Panzern und Flugzeugen ausgerüsteten Hauptkräfte der Roten Armee. Die Tapferkeit der Kämpfer der Roten Armee ist beispiellos. Unser Widerstand gegen den Feind wächst und erstarkt. Zusammen mit der Roten Armee erhebt sich das ganze Sowjetvolk zur Verteidigung seiner Heimat.

Was ist erforderlich, um die Gefahr, die über unsere Heimat heraufgezogen ist, zu beseitigen, und welche Maßnahmen müssen getroffen werden, um den Feind zu zerschmettern?

Vor allem ist es notwendig, daß unsere Sowjetmenschen, die Männer und Frauen des Sowjetlandes, die ganze Größe der Gefahr begreifen, die unserem Lande droht, und Schluß machen mit der sorglosen Gelassenheit und der Stimmung des friedlichen Aufbaus, die in der Vorkriegszeit durchaus begreiflich waren, in der gegenwärtigen Zeit aber, wo der Krieg die Lage von Grund aus verändert hat, verderblich sind. Der Feind ist grausam und unerbittlich. Er setzt sich das Ziel, unseren Boden, der mit unserem Schweiß getränkt ist, zu okkupieren, unser Getreide, unser Erdöl, die Früchte unserer Arbeit an sich zu reißen. Er setzt sich das Ziel, die Macht der Gutsbesitzer wiederaufzurichten, den Zarismus

wiederherzustellen, die nationale Kultur und die nationale Eigenstaatlichkeit der Russen, Ukrainer, Belorussen, Litauer, Letten, Esten, Usbeken, Tataren, Moldauer, Georgier, Armenier, Aserbaidshaner und der anderen freien Völker der Sowjetunion zu vernichten, sie zu germanisieren, sie zu Sklaven der deutschen Fürsten und Barone zu machen. Es geht also um Leben oder Tod des Sowjetstaates, um Leben oder Tod der Völker der Sowjetunion; es geht darum, ob die Völker der UdSSR frei sein oder in Versklavung geraten sollen. Es ist notwendig, daß die Sowjetmenschen das verstehen und aufhören, sorglos zu sein, daß sie sich selbst mobilisieren und ihre ganze Arbeit auf den Krieg umstellen, daß sie auf eine neue Art arbeiten, die kein Erbarmen mit dem Feind kennt.

Es ist ferner notwendig, daß in unseren Reihen kein Platz für Miesmacher und Feiglinge, für Panikmacher und Deserteure ist, daß die Menschen unseres Landes keine Furcht im Kampf kennen und opferwillig in unseren Vaterländischen Befreiungskrieg gegen die faschistischen Unterdrücker ziehen. Der große Lenin, der unseren Staat geschaffen hat, sagte, die Haupteigenschaft des Sowjetmenschen müsse Tapferkeit sein, Kühnheit, Furchtlosigkeit im Kampf und die Bereitschaft, zusammen mit dem Volk gegen die Feinde unserer Heimat zu kämpfen. Es ist notwendig, daß diese hervorragende Eigenschaft des Bolschewiks Gemeingut der Millionen und aber Millionen der Roten Armee, unserer Roten Flotte und aller Völker der Sowjetunion werde.

Wir müssen unverzüglich unsere ganze Arbeit auf den Krieg umstellen, indem wir alles den Interessen der Front unterordnen, der Aufgabe unterordnen, die Zerschmetterung des Feindes zu organisieren. Die Völker der Sowjetunion sehen jetzt, daß der deutsche Faschismus in seiner Tollwut und seinem Haß gegen unsere Heimat, die allen Werktätigen freie Arbeit und Wohlstand gesichert hat, nicht zu bändigen ist. Die Völker der Sowjetunion müssen sich erheben, um ihre Rechte und ihren Boden gegen den Feind zu verteidigen.

Die Rote Armee, die Rote Flotte und alle Bürger der Sowjetunion müssen jeden Fußbreit Sowjetbodens verteidigen, müssen bis

zum letzten Blutstropfen um unsere Städte und Dörfer kämpfen, müssen die Kühnheit, Initiative und Findigkeit an den Tag legen, die unserem Volk eigen sind.

Wir müssen die allseitige Unterstützung der Roten Armee organisieren, die verstärkte Auffüllung ihrer Reihen sicherstellen, ihre Versorgung mit allem Notwendigen gewährleisten, die schnelle Beförderung von Truppen- und Heeresguttransporten bewerkstelligen sowie die umfassende Hilfe für die Verwundeten in die Wege leiten.

Wir müssen das Hinterland der Roten Armee festigen, indem wir den Interessen dieser Sache unsere ganze Arbeit unterordnen, wir müssen die verstärkte Arbeit aller Betriebe sicherstellen, mehr Gewehre, Maschinengewehre, Geschütze, Patronen, Granaten, Flugzeuge produzieren, den Schutz der Betriebe, der Kraftwerke, der Telefon- und Telegrafverbindungen organisieren, die örtliche Luftabwehr in Gang bringen.

Wir müssen einen schonungslosen Kampf gegen alle Desorganisatoren des Hinterlands, gegen Deserteure, Panikmacher, Verbreiter von Gerüchten organisieren, wir müssen die Spione, Diveranten und feindlichen Fallschirmjäger vernichten und bei alledem unseren Feldjägerbataillonen schnelle Unterstützung zuteil werden lassen. Man muß sich vor Augen halten, daß der Feind heimtückisch und hinterlistig, erfahren im Betrug und in der Verbreitung falscher Gerüchte ist. Man muß all das berücksichtigen und darf sich nicht provozieren lassen. Alle, die durch ihre Panikmacherei und Feigheit die Landesverteidigung behindern, müssen ohne Ansehen der Person sofort dem Kriegsgericht übergeben werden.

Bei einem erzwungenen Rückzug von Truppenteilen der Roten Armee muß das gesamte rollende Material der Eisenbahnen fortgeschafft werden; dem Feind darf keine einzige Lokomotive, kein einziger Waggon, kein Kilogramm Getreide, kein Liter Treibstoff überlassen werden. Die Kollektivbauern müssen das ganze Vieh wegtreiben und das Getreide zur Abbeförderung ins Hinterland dem Schutz der staatlichen Organe anvertrauen. Alles wertvolle

Gut, darunter Buntmetalle, Getreide und Treibstoff, das nicht abtransportiert werden kann, muß unbedingt vernichtet werden.

In den vom Feind okkupierten Gebieten müssen Partisanenabteilungen zu Pferd und zu Fuß gebildet und Diversionsgruppen geschaffen werden zum Kampf gegen die Truppenteile der feindlichen Armee, zur Entfaltung des Partisanenkriegs überall und allerorts, zur Sprengung von Brücken und Straßen, zur Zerstörung der Telefon- und Telegrafverbindungen, zur Niederbrennung der Wälder, der Versorgungslager und der Trains. In den okkupierten Gebieten müssen für den Feind und alle seine Helfershelfer unerträgliche Verhältnisse geschaffen werden, sie müssen auf Schritt und Tritt verfolgt und vernichtet und alle ihre Maßnahmen müssen vereitelt werden.

Den Krieg gegen das faschistische Deutschland darf man nicht als gewöhnlichen Krieg betrachten. Er ist nicht nur ein Krieg zwischen zwei Armeen. Er ist zugleich der große Krieg des ganzen Sowjetvolkes gegen die faschistischen deutschen Truppen. Dieser Vaterländische Volkskrieg gegen die faschistischen Unterdrücker hat nicht nur das Ziel, die über unser Land heraufgezogene Gefahr zu beseitigen, sondern auch allen Völkern Europas zu helfen, die unter dem Joch des deutschen Faschismus stöhnen. In diesem Befreiungskrieg werden wir nicht allein dastehen. In diesem großen Krieg werden wir treue Verbündete an den Völkern Europas und Amerikas haben, darunter auch am deutschen Volk, das von den faschistischen Machthabern versklavt ist. Unser Krieg für die Freiheit unseres Vaterlandes wird verschmelzen mit dem Kampf der Völker Europas und Amerikas für ihre Unabhängigkeit, für die demokratischen Freiheiten. Das wird die Einheitsfront der Völker sein, die für die Freiheit, gegen die Versklavung und die drohende Unterjochung durch die faschistischen Armeen Hitlers eintreten. Durchaus begreiflich und bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die historische Rede des Herrn Churchill, des Premierministers Großbritanniens, über die Hilfe für die Sowjetunion sowie die Deklaration der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über ihre Bereitschaft, unserem Lande Hilfe zu erweisen – Erklä-

rungen, die in den Herzen der Völker der Sowjetunion nur das Gefühl der Dankbarkeit hervorrufen können.

Genossen! Unsere Kräfte sind unermesslich. Der frech gewordene Feind wird sich bald davon überzeugen müssen. Zusammen mit der Roten Armee erheben sich Tausende und aber Tausende der Arbeiter, Kollektivbauern und der Intelligenz zum Krieg gegen den Feind, der uns überfallen hat. Erheben werden sich die Millionenmassen unseres Volkes. Die Werktätigen von Moskau und Leningrad sind schon dazu übergegangen, eine vieltausendköpfige Volkswehr zur Unterstützung der Roten Armee zu schaffen. In jeder Stadt, der die Gefahr eines feindlichen Überfalls droht, müssen wir eine derartige Volkswehr schaffen, müssen wir alle Werktätigen zum Kampf mobilisieren, um in unserem Vaterländischen Krieg gegen den deutschen Faschismus unsere Freiheit, unsere Ehre, unsere Heimat unter Einsatz unseres Lebens zu verteidigen.

Um alle Kräfte der Völker der UdSSR schnellstens zu mobilisieren, um dem Feind, der wortbrüchig unsere Heimat überfallen hat, eine Abfuhr zu erteilen, ist das Staatliche Verteidigungskomitee gebildet worden, in dessen Händen jetzt die gesamte Macht im Staat konzentriert ist. Das Staatliche Verteidigungskomitee hat seine Arbeit aufgenommen und ruft das ganze Volk auf, sich fest um die Partei Lenins-Stalins, um die Sowjetregierung zusammenzuschließen zu dem Zweck, die Rote Armee und die Rote Flotte opferwillig zu unterstützen, den Feind zu zerschmettern, den Sieg zu erkämpfen.

Alle unsere Kräfte – für die Unterstützung unserer heldenhaften Roten Armee, unserer ruhmvollen Roten Flotte!

Alle Kräfte des Volkes – für die Zerschmetterung des Feindes!
Vorwärts zu unserem Sieg!

AUS DER ERKLÄRUNG DER KPD ZUM
HEIMTÜCKISCHEN ÜBERFALL HITLERDEUTSCHLANDS
AUF DIE SOWJETUNION

Am 22. Juni hat Hitler durch seinen heimtückischen und treubruchigen Überfall auf die Sowjetunion das allerschwerste Verbrechen gegen das deutsche Volk begangen und das größte Unglück über Deutschland heraufbeschworen . . .

Angesichts dieser blutigen Katastrophe stellt sich jeder Deutsche die Frage: Warum wurde dieser verbrecherische Krieg gegen Sowjetrußland begonnen? Ihr erinnert euch, wie wir alle über die Nachricht vom Überfall auf die Sowjetunion erschüttert waren. Wir wußten, daß das russische Volk ein Freund des deutschen Volkes war und seit 1918 nicht wenig Beweise dieser Freundschaft gegeben hat. Es unterstützte das deutsche Volk in den schweren Tagen von Versailles. Die Sowjetunion schloß mit Deutschland den Vertrag von Rapallo ab, als Deutschland isoliert war. Wir wußten, daß Deutschland und die Sowjetunion einen Nichtangriffspakt abgeschlossen hatten. Wir wußten, daß sich die Sowjetunion streng an diesen Pakt hielt. Niemals hat Hitler vor dem 22. Juni irgendwelche Beschwerden und Ansprüche vorgebracht. Alle verlogenen Behauptungen Hitlers, die er nach dem verräterischen Überfall auf die UdSSR machte, werden durch die Tatsachen widerlegt. Millionen unserer Soldaten können bestätigen, daß nicht die Sowjetunion, sondern Hitler zu Beginn dieses Jahres riesige militärische Kräfte an den Grenzen Sowjetrußlands konzentrierte. Hitler schickte deutsche Truppen nach Finnland, Rumänien und Bulgarien, um günstige Ausgangsstellungen zum Überfall auf die Sowjetunion zu beziehen. Ohne jede Warnung bombardierte die

deutsche Luftwaffe auf Befehl Hitlers friedliche Sowjetstädte. Ohne Kriegserklärung warf Hitler die deutsche Wehrmacht treubruchig gegen Sowjetrußland. Wenn sich die Sowjetunion mit der Absicht eines Angriffes auf Deutschland getragen hätte, so würde sie nicht den Überfall der deutschen Wehrmacht abgewartet haben. Es ist bekannt, daß die Sowjetunion ihre Streitkräfte erst nach der Invasion der deutschen Wehrmacht in das Sowjetland mobilisierte. Die Tatsachen klagen Hitler an. Und es wird ihm nicht gelingen, das deutsche Volk von der Gerechtigkeit dieses verbrecherischen Krieges zu überzeugen und seine Notwendigkeit oder Unvermeidlichkeit zu beweisen.

Hitler überfiel die Sowjetunion, um sie zu berauben, um ihre Rohstoffe und Reichtümer zum Krieg gegen England zu verwenden und seinen Krieg gegen die USA vorzubereiten. Am Raubkrieg gegen die Sowjetunion wollen sich die habgierigen deutschen Plutokraten und die Naziführer bereichern. Aber das deutsche Volk wird nichts an diesem Krieg gewinnen. Reicher wird durch diesen Krieg der Göring-Konzern, aber das deutsche Volk wird noch ärmer . . .

Deutsche Arbeiter! Ist es denn keine Schande für euch, daß ihr Hitler nicht daran hindert, den Krieg gegen den einzigen sozialistischen Staat der Welt zu führen, daß ihr in den Betrieben die Waffen gegen das Land schmiedet, in dem die Arbeiter und Bauern die Herren sind? Begreift ihr nicht, daß ihr damit die Ketten einer noch ärgeren Knechtschaft für euch selbst schmiedet? . . .

Den unerbittlich herannahenden Untergang fühlend und Deutschland in immer neue Abenteuer zerrend, versucht Hitler das deutsche Volk mit der lügnerischen Behauptung an sich zu ketten, daß seine, das heißt Hitlers, Niederlage die Katastrophe für Deutschland wäre. Die Geschichte lehrt aber, daß Völker noch niemals durch den Sturz verbrecherischer Regierungen zugrunde gingen! Im Gegenteil! Der Sturz solcher Regierungen hatte stets die Erneuerung und einen materiellen und geistigen Aufschwung des Volkes zur Folge.

Die einzige Rettung für das deutsche Volk besteht darin, mit dem Kriege Schluß zu machen. Um aber mit dem Kriege Schluß zu machen, muß Hitler gestürzt werden. Der Krieg wird solange dauern, wie Hitler und seine Bande Deutschland regieren. Und wehe unserem Volke, wenn es sein Schicksal bis zuletzt an Hitler bindet, wenn wir Deutschen nicht selbst Ordnung in Deutschland schaffen, sondern es den anderen Völkern überlassen, Europa von der faschistischen Pest zu säubern.

Die Stunde hat geschlagen, da unser Volk die Geschicke Deutschlands in die eigenen Hände nehmen muß, den Krieg beenden und einen ehrenhaften Frieden erzwingen muß. Wir wenden uns an alle Deutschen, die nicht mehr die Unbilden des Krieges ertragen können, an die Soldaten an der Front, an ihre Familien, an die Arbeiter, Bauern und alle Bürger im Hinterland und rufen ihnen zu: Kämpft für die Beendigung des Krieges! Kämpft für die Rettung Deutschlands! Hitler – das ist Krieg ohne Ende. Der Weg Hitlers führt zur Vernichtung des Volkes, zum Untergang des Landes, zur Katastrophe. Dieser Weg ist nicht der Weg des deutschen Volkes.

Das deutsche Volk hat einen anderen, seinen Weg. Dieser Weg führt über die Befreiung des deutschen Volkes vom Unterdrückungsregime Hitlers, über die Erkämpfung eines solchen Deutschlands, das endlich in Frieden leben kann und zur Verkörperung des wahren Volkswillens wird. Das wird ein Deutschland ohne Herrschaft der plutokratischen und faschistischen Räuber sein, ein Deutschland, in dem unser ehrliches, arbeitsames Volk herrschen wird. Das wird ein Deutschland sein, in dem es keine Arbeitslosigkeit gibt, in dem das Recht auf Arbeit garantiert ist, in dem der Bauer frei über die Produkte seiner Arbeit verfügen kann. Das wird ein Deutschland sein, wo mit der faschistischen Barbarei Schluß gemacht wurde. Ein Deutschland, in dem nicht der Reichtum und die Herkunft die gesellschaftliche Stellung der Menschen bestimmen. Das wird ein Deutschland sein, frei von dem schreienden Gegensatz zwischen dem Reichtum der einen und der schreck-

lichen Not der anderen. Das wird ein ganzes, unabhängiges und gleichberechtigtes Deutschland sein, das in Frieden mit allen Völkern lebt.

Arbeiter, Bauern und Bürger!

Kämpft für ein solches Deutschland! Die Errichtung eines solchen Deutschlands wird der wahre und größte Sieg des deutschen Volkes in diesem Kriege sein . . .

MANIFEST DES NATIONALKOMITEES
„FREIES DEUTSCHLAND“
AN DIE WEHRMACHT UND AN DAS DEUTSCHE VOLK

Die Ereignisse fordern von uns Deutschen eine unverzügliche Entscheidung.

In dieser Stunde höchster Gefahr für Deutschlands Bestand und Zukunft hat sich das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ gebildet.

Dem Nationalkomitee gehören an: Arbeiter und Schriftsteller, Soldaten und Offiziere, Gewerkschaftler und Politiker, Menschen aller politischen und weltanschaulichen Richtungen, die noch vor einem Jahre einen solchen Zusammenschluß nicht für möglich gehalten hätten.

Das Nationalkomitee bringt die Gedanken und den Willen von Millionen Deutscher an der Front und in der Heimat zum Ausdruck, denen das Schicksal ihres Vaterlandes am Herzen liegt.

Das Nationalkomitee erachtet sich als berechtigt und verpflichtet, in dieser Schicksalsstunde im Namen des deutschen Volkes zu sprechen, klar und schonungslos, wie die Lage es erfordert.

Hitler führt Deutschland in den Untergang

An den Fronten:

Die Niederlagen seit 7 Monaten sind ohne Beispiel in der deutschen Geschichte: Stalingrad, Don, Kaukasus, Libyen, Tunis. Hitler allein trägt die Verantwortung für diese Niederlagen. Er steht immer noch an der Spitze der Wehrmacht und des Reiches. Über Tausende von Kilometern Frontlänge verzettelt, stehen die deutschen Armeen weit entfernt von ihrer Heimat, gestützt auf Bundesgenossen, deren Kampfwert und Zuverlässigkeit von vorn-

herein fragwürdig waren, den mächtigen Schlägen einer von Woche zu Woche stärker werdenden Koalition ausgesetzt. Die Armeen Englands und Amerikas stehen vor den Toren Europas. Bald wird Deutschland nach allen Seiten zugleich kämpfen müssen. Die geschwächte deutsche Wehrmacht, immer enger eingekreist von übermächtigen Gegnern, wird und kann auf die Dauer nicht standhalten. Der Tag des Zusammenbruchs naht!

In der Heimat:

Deutschland selbst ist heute zum Kriegsschauplatz geworden. Städte, Industriezentren und Werften werden in steigendem Maße zerstört. Unsere Mütter, Frauen und Kinder verlieren Heim und Habe. Das freie Bauerntum ist entrechtet. Die totale Mobilisierung ruiniert den Handwerker und den Gewerbetreibenden und bringt das arbeitende Volk um seine letzten gesunden Kräfte.

Seit Jahren hat Hitler, ohne Willensbefragung des Volkes, diesen Eroberungskrieg vorbereitet. Hitler hat Deutschland politisch isoliert. Er hat die drei größten Mächte der Welt gewissenlos herausgefordert und zum unerbittlichen Kampf gegen die Hitlerherrschaft zusammengeschlossen. Er hat ganz Europa zum Feind des deutschen Volkes gemacht und dessen Ehre besudelt. So ist er verantwortlich für den Haß, der Deutschland heute umgibt.

Kein äußerer Feind hat uns Deutsche jemals so tief ins Unglück gestürzt wie Hitler.

Die Tatsachen beweisen: *Der Krieg ist verloren.* Deutschland kann ihn nur noch hinschleppen um den Preis unermesslicher Opfer und Entbehrungen. Die Weiterführung des aussichtslosen Krieges würde das Ende der Nation bedeuten.

Aber Deutschland darf nicht sterben! Es geht jetzt um Sein oder Nichtsein unseres Vaterlandes.

Wenn das deutsche Volk sich weiter willenlos und widerstandslos ins Verderben führen läßt, dann wird es mit jedem Tag des Krieges nicht nur schwächer, ohnmächtiger, sondern auch schuldiger. Dann wird Hitler nur durch die Waffen der Koalition gestürzt. Das wäre das Ende unserer nationalen Freiheit und unseres Staates, das wäre die Zerstückelung unseres Vaterlandes. Und gegen

niemanden könnten wir dann Anklagen erheben als gegen uns selbst.

Wenn das deutsche Volk sich jedoch rechtzeitig ermannt und durch seine Taten beweist, daß es ein freies Volk sein will und entschlossen ist, Deutschland von Hitler zu befreien, erobert es sich das Recht, über sein künftiges Geschick selbst zu bestimmen und in der Welt gehört zu werden. *Das ist der einzige Weg zur Rettung des Bestandes, der Freiheit und der Ehre der deutschen Nation.*

Das deutsche Volk braucht und will unverzüglich den Frieden. Aber mit Hitler schließt niemand Frieden. Niemand wird auch nur mit ihm verhandeln. *Daher ist die Bildung einer wahrhaft deutschen Regierung die dringendste Aufgabe unseres Volkes.* Nur sie wird das Vertrauen des Volkes und seiner ehemaligen Gegner genießen. Nur sie kann den Frieden bringen.

Eine solche Regierung muß stark sein und über die nötigen Machtmittel verfügen, um die Feinde des Volkes, Hitler und seine Gönner und Günstlinge, unschädlich zu machen, mit Terror und Korruption rücksichtslos aufzuräumen, eine feste Ordnung zu schaffen und Deutschland nach außen hin würdig zu vertreten. Sie kann nur aus dem Freiheitskampf aller Volksschichten hervorgehen, gestützt auf Kampfgruppen, die sich zum Sturz Hitlers zusammenschließen. Die volks- und vaterlandstreuen Kräfte in der Armee müssen dabei eine entscheidende Rolle spielen.

Eine solche Regierung muß den Krieg sofort abbrechen, die deutschen Truppen an die Reichsgrenzen zurückführen und Friedensverhandlungen einleiten unter Verzicht auf alle eroberten Gebiete. So wird sie den Frieden erzielen und Deutschland in die Gemeinschaft gleichberechtigter Völker zurückführen. Erst sie schafft dem deutschen Volke die Möglichkeit, im Frieden seinen nationalen Willen frei zu bekunden und seine Staatsordnung souverän zu gestalten.

Das Ziel heißt: Freies Deutschland.

Das bedeutet:

Eine starke demokratische Staatsmacht, die nichts gemein hat mit der Ohnmacht des Weimarer Regimes, eine Demokratie, die

jeden Versuch des Wiederauflebens von Verschwörungen gegen die Freiheitsrechte des Volkes oder gegen den Frieden Europas rücksichtslos schon im Keim erstickt.

Restlose Beseitigung aller auf Völker- und Rassenhaß beruhenden Gesetze, aller unser Volk entehrenden Einrichtungen des Hitlerregimes, Aufhebung aller gegen die Freiheit und Menschenwürde gerichteten Zwangsgesetze der Hitlerzeit.

Wiederherstellung und Erweiterung der politischen und sozialen Errungenschaften der Schaffenden, Freiheit des Wortes, der Presse, der Organisation, des Gewissens und der Religion.

Freiheit der Wirtschaft, des Handels und des Gewerbes. Sicherung des Rechtes auf Arbeit und des rechtmäßig erworbenen Eigentums, Rückgabe des durch die nationalsozialistischen Machthaber geraubten Hab und Guts an die Eigentümer, Beschlagnahme des Vermögens der Kriegsschuldigen und der Kriegsgewinnler, Gütertausch mit anderen Ländern als gesunde Grundlage eines gesicherten nationalen Wohlstandes.

Sofortige Befreiung und Entschädigung aller Opfer des Hitlerregimes.

Gerechtes, schonungsloses Gericht über die Kriegsverbrecher, über die Anführer, ihre Hintermänner und Helfer, die Deutschland ins Verderben, in Schuld und Schande stürzten, Amnestie jedoch für alle Hitleranhänger, die sich rechtzeitig durch ihre Taten von Hitler lossagten und der Bewegung für ein freies Deutschland anschließen.

Vorwärts, Deutsche, zum Kampf für ein freies Deutschland! Wir wissen: Opfer sind unvermeidlich. Aber sie werden um so geringer sein, je entschlossener der Kampf gegen Hitler geführt wird. Die Opfer im Kampf um Deutschlands Befreiung werden tausendfach geringer sein als die sinnlosen Opfer, die eine Fortsetzung des Krieges erfordert.

Deutsche Soldaten und Offiziere an allen Fronten!

Ihr habt die Waffen! Bleibt unter den Waffen! Bahnt euch mutig unter verantwortungsbewußten Führern, die eins sind mit euch im Kampf gegen Hitler, den Weg zur Heimat, zum Frieden.

Schaffende Männer und Frauen in der Heimat!

Ihr seid die Mehrheit! Macht sie zur Stoßkraft durch Organisation! Bildet Kampfgruppen im Betrieb, im Dorf, im Arbeitslager, auf den Hochschulen, überall, wo ihr zusammenkommt! Leistet Hitler keine Gefolgschaft mehr! Laßt euch nicht mehr mißbrauchen zur Mithilfe an der Verlängerung des Krieges! Kämpft mit allen Mitteln, jeder auf seine Weise an seinem Platz im gesellschaftlichen Staats- und Wirtschaftsleben!

Wir haben in unserer Geschichte ein großes Vorbild. Vor hundertdreißig Jahren wandten sich, als noch deutsche Truppen als Feinde auf russischem Boden standen, die besten Deutschen, vom Stein, Arndt, Clausewitz, Yorck und andere, von Rußland aus über die Köpfe verräterischer Machthaber hinweg an das Gewissen des deutschen Volkes und riefen es auf zum Freiheitskampf. Gleich ihnen werden wir all unsere Kraft und auch unser Leben einsetzen, um alles zu unternehmen, was den Freiheitskampf unseres Volkes entfaltet und den Sturz Hitlers beschleunigt.

Der Kampf für ein freies Deutschland erfordert Mut, Tatkraft und Entschlossenheit. Vor allem Mut. Die Zeit drängt. Rasches Handeln tut not. Wer aus Furcht, Kleinmut oder blindem Gehorsam weiter mit Hitler geht, handelt feige und hilft Deutschland in die nationale Katastrophe treiben. Wer aber das Gebot der Nation höher stellt als den Befehl des „Führers“ und Leben und Ehre für sein Volk einsetzt, handelt mutig und hilft das Vaterland vor seiner tiefsten Schmach erretten.

Für Volk und Vaterland! Gegen Hitler und seinen Krieg!

Für sofortigen Frieden!

Für die Rettung des deutschen Volkes!

Für ein freies unabhängiges Deutschland!

Nationalkomitee „Freies Deutschland“

Karl Hetz, Major, Stab 371. I.D., Ingenieur, Königsberg

Heinrich Homann, Major, 100. Jäg.Div., Berufssoldat, Hamburg

Herbert Stößlein, Major, 44.I.D., Ingenieur, Enns/Obd.

- Bodo Fleischer*, Hauptmann, 180. Jäg.Div., Volkswirtschaftler,
Straubing
- Dr. Ernst Hadermann*, Hauptmann, A.R. 152, Studienrat, Kassel
- Eberhard Charisius*, Oberleutnant, II./K. G.55, Berufssoldat,
Düsseldorf
- Friedrich Reyher*, Oberleutnant, 1.Pi.88, Berufssoldat, Dresden
- Fritz Rücker*, Oberleutnant, 1./Sich.Batl. 545, Oberstudienrat,
Berlin
- Heinrich Graf von Einsiedel*, Leutnant, III. Jagdgeschwader
„Udet“ Nr. 5, Berufssoldat, Berlin
- Ernst Kehler*, Leutnant, 4./K. N.A. 428, Postinspektor, Pillau
- Bernt v. Kugelgen*, Leutnant, I.R. 418, 125. I.D., Verleger, Berlin
- Max Emendörfer*, Soldat, I.R.2, 11. I.D., Schuharbeiter, Frank-
furt a. M.
- Jakob Eschborn*, Gefreiter, 4./I.R. 212, Student der Theologie,
Heidesheim a. Rh.
- Reinhold Fleschhut*, Soldat, I.R. 276, 94.I.D., Geschäftsführer von
Textilfabriken, Plauen
- Heinz Keßler*, Soldat, 134. I.D., Maschinenschlosser, Chemnitz
- Matthäus Klein*, Unteroffizier, 8./I.R. 485, evangelischer Pastor,
Bettingen i. Baden
- Erich Kühn*, Soldat, 5. K., I.R. 568, 281. I.D., Arbeiter, Berlin
- Fritz Luddeneit*, Obergefreiter, 6./A.R. 295, Waldarbeiter, Ost-
preußen
- Otto Sinz*, Obersoldat, 7./I.R. 698, Bauarbeiter, Lörrach
- Hans Zippel*, Gefreiter, Stab III./I.R. 178, kaufmännischer An-
gestellter, Berlin
- Leonhard Helmschrott*, Gefreiter, 5./I.R.487, 267 I.D., Bauer,
Unterkührheim
- Anton Ackermann*, Gewerkschaftsführer, Chemnitz
- Martha Arendsee*, Reichstagsabgeordnete, Berlin
- Johannes R. Becher*, Schriftsteller, München
- Willi Bredel*, Schriftsteller, Hamburg
- Wilhelm Florin*, Reichstagsabgeordneter, Ruhrgebiet
- Edwin Hoernle*, Reichstagsabgeordneter, Stuttgart

Hans Mahle, Jugendführer, Hamburg

Wilhelm Pieck, Reichstagsabgeordneter, Berlin

Gustav Sobottka, Bergarbeiterführer und Landtagsabgeordneter,
Ruhrgebiet

Walter Ulbricht, Reichstagsabgeordneter, Berlin

Erich Weinert, Schriftsteller, Berlin

Friedrich Wolf, Arzt und Schriftsteller, Stuttgart

J. W. STALIN

ANSPRACHE AN DAS VOLK

9. Mai 1945

Genossen! Mitbürger und Mitbürgerinnen!

Der große Tag des Sieges über Deutschland ist gekommen. Von der Roten Armee und den Truppen unserer Verbündeten auf die Knie gezwungen, hat sich das faschistische Deutschland für besiegt erklärt und bedingungslos kapituliert.

Am 7. Mai wurde in Reims ein vorläufiges Kapitulationsprotokoll unterzeichnet. Am 8. Mai haben in Berlin Vertreter des deutschen Oberkommandos im Beisein von Vertretern des Obersten Kommandos der verbündeten Truppen und des Obersten Kommandos der Sowjettruppen die endgültige Kapitulationsurkunde unterzeichnet, mit deren Verwirklichung am 8. Mai um 24 Uhr begonnen wurde.

Da wir die Wolfsnatur der deutschen Machthaber kennen, die Verträge und Abkommen als einen bloßen Fetzen Papier betrachten, haben wir keinen Grund, ihnen aufs Wort zu glauben. Seit heute morgen jedoch haben deutsche Truppen in Verwirklichung der Kapitulationsurkunde begonnen, in Massen die Waffen zu strecken und sich unseren Truppen gefangenzugeben. Das ist schon kein bloßer Papierfetzen mehr. Das ist die tatsächliche Kapitulation der deutschen Wehrmacht. Allerdings sucht im Raume der Tschechoslowakei eine deutsche Heeresgruppe immer noch, sich der Kapitulation zu entziehen. Aber ich hoffe, daß es der Roten Armee gelingen wird, sie zur Besinnung zu bringen.

Jetzt haben wir vollen Grund zu erklären, daß der historische Tag der endgültigen Niederwerfung Deutschlands, der Tag des großen Sieges unseres Volkes über den deutschen Imperialismus gekommen ist.

Die großen Opfer, die wir für die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Heimatlandes gebracht haben, die unermeßlichen Entbehrungen und Leiden, die unser Volk während des Krieges zu erdulden hatte, die auf dem Altar des Vaterlandes dargebrachte angespannte Arbeit im Hinterland und an der Front sind nicht vergeblich gewesen, sondern durch den vollen Sieg über den Feind gekrönt worden. Der jahrhundertelange Kampf der slawischen Völker um ihre Existenz und Unabhängigkeit hat mit dem Sieg über die deutschen Okkupanten und die deutsche Tyrannei geendet.

Von nun an wird das große Banner der Völkerfreiheit und des Völkerfriedens über Europa wehen.

Vor drei Jahren verkündete Hitler vor aller Welt, daß die Zerstückelung der Sowjetunion, die Losreißung des Kaukasus, der Ukraine, Belorußlands, der baltischen Länder und anderer Sowjetgebiete zu seiner Aufgabe gehört. Er erklärte unumwunden: „Wir werden Rußland vernichten, daß es sich niemals mehr erheben kann.“ Das war vor drei Jahren. Die wahnwitzigen Ideen Hitlers sollten jedoch nicht in Erfüllung gehen – im Verlaufe des Krieges sind sie wie Spreu im Winde verweht. Was in Wirklichkeit herauskam, ist das gerade Gegenteil dessen, wovon die Hitlerleute faselten. Deutschland ist aufs Haupt geschlagen. Die deutschen Truppen kapitulieren. Die Sowjetunion feiert den Sieg, wenn sie sich auch nicht anschiekt, Deutschland zu zerstückeln oder zu vernichten.

Genossen! Der Große Vaterländische Krieg hat mit unserem vollen Sieg geendet. Die Periode des Krieges in Europa ist zu Ende. Die Periode der friedlichen Entwicklung hat begonnen.

Ich beglückwünsche euch zum Siege, meine lieben Mitbürger und Mitbürgerinnen!

Ruhm und Ehre unserer heldenhaften Roten Armee, die die Unabhängigkeit unserer Heimat behauptete und den Sieg über den Feind errungen hat!

Ruhm und Ehre unserem großen Volke, dem Siegevolk!

Ewiger Ruhm den in den Kämpfen gegen den Feind gefallenen Helden, die ihr Leben hingaben für die Freiheit und das Glück unseres Volkes!

BEFEHL NR. 1
DES CHEFS DER BESATZUNG DER STADT BERLIN

Berlin, 28. April 1945

Heute bin ich zum Chef der Besatzung und zum Stadtkommandanten von Berlin ernannt worden.

Die gesamte administrative und politische Macht geht laut Bevollmächtigung des Kommandos der Roten Armee in meine Hände über.

In jedem Stadtbezirk werden gemäß der früher existierenden administrativen Einteilung militärische Bezirks- und Revierkommandanturen eingesetzt.

Ich befehle:

1. Die Bevölkerung der Stadt hat volle Ordnung zu bewahren und an ihren Wohnsitzen zu verbleiben.
2. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei und alle ihr unterstellten Organisationen (Hitlerjugend, NS Frauenschaft, NS Studentenbund usw.) sind aufzulösen. Ihre Tätigkeit wird hiermit *verboten*.

Das gesamte führende Personal aller Dienststellen der NSDAP, Gestapo, Gendarmerie, des Sicherheitsdienstes, der Gefängnisse und aller übrigen staatlichen Dienststellen hat sich binnen 48 Stunden nach Veröffentlichung dieses Befehls in den militärischen Bezirks- und Revierkommandanturen zwecks Registrierung zu melden.

Binnen 72 Stunden haben sich ebenfalls alle in der Stadt Berlin verbliebenen Angehörigen der deutschen Wehrmacht, der SS und der SA zwecks Registrierung zu melden.

Wer sich zu der festgesetzten Frist nicht meldet oder wer sich der Verbergung solcher Personen schuldig macht, wird gemäß den Gesetzen der Kriegszeit zu strenger Verantwortung gezogen.

3. Die Beamten und Angestellten der Bezirksdienststellen haben sich zu mir zwecks Bericht über den Zustand ihrer Dienststellen und Entgegennahme von Anweisungen über die weitere Tätigkeit dieser Dienststellen zu melden.

4. Alle kommunalen Betriebe wie Kraft- und Wasserwerke, Kanalisation, städtische Verkehrsmittel (Untergrund- und Hochbahn, Straßenbahn und Trolleybus);

alle Heilanstalten;

alle Lebensmittelgeschäfte und Bäckereien haben ihre Arbeit zur Versorgung der Bevölkerung wieder aufzunehmen.

Arbeiter und Angestellte der obengenannten Betriebe haben an ihren Arbeitsstätten zu bleiben und ihre Pflichten weiter zu erfüllen.

5. Angestellte der staatlichen Verpflegungslager sowie Privateigentümer von Lebensmittellagern haben binnen 24 Stunden nach Veröffentlichung dieses Befehls alle vorhandenen Lebensmittelvorräte bei den militärischen Bezirkskommandanten zwecks Registrierung anzugeben und sie nur mit Erlaubnis der militärischen Bezirkskommandanten herauszugeben.

Bis Sonderanweisungen ergehen, erfolgt die Verabfolgung von Lebensmitteln in den Lebensmittelgeschäften gemäß den früher existierenden Normen und Lebensmittelkarten. Lebensmittel sind nicht mehr als für 5-7 Tage auszugeben. Für Ausgabe von Lebensmitteln über die existierenden Normen oder für Ausgabe von Lebensmitteln auf Karten von Personen, die in der Stadt nicht mehr anwesend sind, werden die daran schuldigen dienstlichen Personen zu strenger Verantwortung herangezogen.

6. Inhaber von Bankhäusern und Bankdirektoren haben alle Finanzgeschäfte zeitweilig einzustellen. Alle Safes sind sofort zu versiegeln. Man hat sich bei den militärischen Kommandanturen sofort mit einem Bericht über den Zustand des Bankwesens zu melden.

Allen Bankbeamten ist kategorisch verboten, jegliche Werte zu entnehmen. Wer sich der Übertretung dieses Verbots schuldig macht, wird nach den Gesetzen der Kriegszeit strengstens bestraft.

Neben den in Umlauf befindlichen Reichszahlungsmitteln werden obligatorisch die Okkupationsmarken der Alliierten Militärbehörde in Umlauf gesetzt.

7. Alle Personen, die Feuerwaffen und blanke Waffen, Munition, Sprengstoff, Radioempfänger oder Radiosender, Fotoapparate, Kraftfahrzeuge, Krafträder, Treib- und Schmierstoff besitzen, haben oben Erwähntes binnen 72 Stunden nach Veröffentlichung dieses Befehls auf den militärischen Bezirkskommandanturen abzuliefern.

Für Nichtablieferung aller obenerwähnten Gegenstände in der festgesetzten Zeit werden die Schuldigen gemäß den Gesetzen der Kriegszeit streng bestraft.

Die Inhaber von Druckereien, von Schreibmaschinen und anderen Vervielfältigungsapparaten sind verpflichtet, sich bei den militärischen Bezirks- und Revierkommandanten zwecks Registrierung zu melden. Es ist kategorisch verboten, jegliche Dokumente ohne Erlaubnis der militärischen Kommandanten zu drucken, zu vervielfältigen, auszuhängen oder in der Stadt in Umlauf zu setzen.

Alle Druckereien werden versiegelt. Einlaß erfolgt nur mit Erlaubnis des militärischen Kommandanten.

8. Der Bevölkerung der Stadt ist *verboten*:

a) zwischen 22.00 und 8.00 Uhr morgens Berliner Zeit die Häuser zu verlassen, auf den Straßen und Höfen zu erscheinen, sich in unbewohnten Räumen aufzuhalten und dort irgendwelche Arbeit zu verrichten;

b) nichtverdunkelte Räumlichkeiten zu erleuchten;

c) ohne Erlaubnis der militärischen Kommandanten irgendwelche Personen, darunter auch Angehörige der Roten Armee und der alliierten Truppen, in den Bestand der Familie zu Wohnungs- und Übernachtungszwecken aufzunehmen;

d) eigenmächtig die von Dienststellen und Privatpersonen zurückgelassenen Habe und Lebensmittel wegzunehmen.

Einwohner, die die erwähnten Verbote verletzen, werden gemäß den Gesetzen der Kriegszeit zu strenger Verantwortung herangezogen.

9. a) Der Betrieb von Vergnügungsstätten (Kino, Theater, Zirkus, Stadion),

b) Gottesdienste in den Kirchen,

c) der Betrieb von Restaurants und Gaststätten ist bis 21.00 Uhr Berliner Zeit erlaubt.

Für die Ausnutzung öffentlicher Betriebe zu der Roten Armee feindseligen Zwecken, für die Störung der Ordnung und Ruhe in der Stadt – wird die Verwaltung dieser Betriebe zu strenger Verantwortung gemäß den Gesetzen der Kriegszeit herangezogen.

10. Die Bevölkerung der Stadt wird gewarnt, daß sie für feindseliges Verhalten gegenüber Angehörigen der Roten Armee und alliierter Truppen die Verantwortung gemäß den Gesetzen der Kriegszeit trägt.

Im Falle von Attentaten auf Angehörige der Roten Armee oder der alliierten Truppen oder für Verübung anderer Diversionsakte gegen das Personal, das Kriegsmaterial oder Kriegsgut von Verbänden der Roten Armee und der alliierten Truppen werden die Schuldigen dem militärischen Standgericht überliefert.

11. Verbände der Roten Armee und einzelne Militäranghörige, die in Berlin eintreffen, sind verpflichtet, nur in den von den militärischen Bezirks- und Revierkommandanten angewiesenen Unterkünften Quartier zu nehmen.

Angehörigen der Roten Armee ist ohne Erlaubnis der militärischen Kommandanten die eigenmächtige Aussiedlung oder Umsiedlung der Einwohner, Entnahme von Gütern und Werten und Haussuchungen bei den Stadteinwohnern verboten.

Chef der Besatzung und Stadtkommandant von Berlin

Oberbefehlshaber der N-ten Armee

Generaloberst *N. Bersarin*

Stabschef der Besatzung

Generalmajor *Kuschtschow*

BEFEHL NR. 2
DES OBERSTEN CHEFS
DER SOWJETISCHEN MILITÄRVERWALTUNG
IN DEUTSCHLAND

Berlin, 10. Juni 1945

Am 2. Mai dieses Jahres wurde die Stadt Berlin von den Sowjettruppen besetzt. Die Hitlerarmeen, die Berlin verteidigten, kapitulierten, und einige Tage später unterzeichnete Deutschland die Urkunde über die bedingungslose militärische Kapitulation. Am 5. Juni wurde im Namen der Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs die Deklaration über die Niederlage Deutschlands und über die Übernahme der höchsten Autorität auf dem ganzen Territorium Deutschlands durch die Regierungen der benannten Länder veröffentlicht. Vom Augenblick der Besetzung Berlins durch die Sowjettruppen an wurde auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland feste Ordnung hergestellt, die städtischen Organe der Selbstverwaltung organisiert und notwendige Bedingungen für die freie gesellschaftliche und politische Tätigkeit der deutschen Bevölkerung geschaffen.

Zu Vorstehendem *befehle ich*:

1. Auf dem Territorium der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland ist die Bildung und Tätigkeit aller antifaschistischen Parteien zu erlauben, die sich die endgültige Ausrottung der Überreste des Faschismus und die Festigung der Grundlage der Demokratie und der bürgerlichen Freiheiten in Deutschland und die Entwicklung der Initiative und Selbstbetätigung der breiten Massen der Bevölkerung in dieser Richtung zum Ziel setzen.

2. Der werktätigen Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland ist das Recht zur Vereinigung in freien Ge-

werkschaften und Organisationen zum Zweck der Wahrung der Interessen und Rechte der Werktätigen zu gewähren. Den gewerkschaftlichen Organisationen und Vereinigungen ist das Recht zu gewähren, Kollektivverträge mit den Arbeitgebern zu schließen sowie Sozialversicherungskassen und andere Institutionen für gegenseitige Unterstützung, Kultur-, Bildungs- und andere Aufklärungsanstalten und -organisationen zu bilden.

5. Alle in den Punkten 1 und 2 genannten antifaschistischen Parteiorganisationen und freien Gewerkschaften sollen ihre Vorschriften und Programme der Tätigkeit bei den Organen der städtischen Selbstverwaltung und beim Militärkommandanten registrieren lassen und ihnen gleichzeitig die Liste der Mitglieder ihrer führenden Organe geben.

4. Es wird bestimmt, daß für die ganze Zeit des Besatzungsregimes die Tätigkeit aller in Punkt 1 und 2 genannten Organisationen unter der Kontrolle der Sowjetischen Militärverwaltung und entsprechend den von ihr gegebenen Instruktionen vor sich gehen wird.

5. Auf Grund des Vorstehenden sind alle faschistischen Gesetze sowie alle faschistischen Beschlüsse, Befehle, Anordnungen, Instruktionen usw. aufzuheben, die die Tätigkeit der antifaschistischen politischen Parteien und freien Gewerkschaften und Organisationen untersagen und gegen demokratische Freiheiten, bürgerliche Rechte und Interessen des deutschen Volkes gerichtet sind.

Der Oberste Chef der Sowjetischen Militärverwaltung
in Deutschland

Marschall der Sowjetunion *G. K. Shukow*

Der Stabschef der Sowjetischen Militärverwaltung
in Deutschland

Generaloberst *W. W. Kurasow*

BEFEHL NR. 2
DES OBERSTEN CHEFS
DER SOWJETISCHEN MILITARVERWALTUNG
IN DEUTSCHLAND

Berlin, 10. Juni 1945

Am 2. Mai dieses Jahres wurde die Stadt Berlin von den Sowjettruppen besetzt. Die Hitlerarmeen, die Berlin verteidigten, kapitulierten, und einige Tage später unterzeichnete Deutschland die Urkunde über die bedingungslose militärische Kapitulation. Am 5. Juni wurde im Namen der Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs die Deklaration über die Niederlage Deutschlands und über die Übernahme der höchsten Autorität auf dem ganzen Territorium Deutschlands durch die Regierungen der benannten Länder veröffentlicht. Vom Augenblick der Besetzung Berlins durch die Sowjettruppen an wurde auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland feste Ordnung hergestellt, die städtischen Organe der Selbstverwaltung organisiert und notwendige Bedingungen für die freie gesellschaftliche und politische Tätigkeit der deutschen Bevölkerung geschaffen.

Zu Vorstehendem *befehle ich*:

1. Auf dem Territorium der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland ist die Bildung und Tätigkeit aller antifaschistischen Parteien zu erlauben, die sich die endgültige Ausrottung der Überreste des Faschismus und die Festigung der Grundlage der Demokratie und der bürgerlichen Freiheiten in Deutschland und die Entwicklung der Initiative und Selbstbetätigung der breiten Massen der Bevölkerung in dieser Richtung zum Ziel setzen.

2. Der werktätigen Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland ist das Recht zur Vereinigung in freien Ge-

werkschaften und Organisationen zum Zweck der Wahrung der Interessen und Rechte der Werkläitigen zu gewähren. Den gewerkschaftlichen Organisationen und Vereinigungen ist das Recht zu gewähren, Kollektivverträge mit den Arbeitgebern zu schließen sowie Sozialversicherungskassen und andere Institutionen für gegenseitige Unterstützung, Kultur-, Bildungs- und andere Aufklärungsanstalten und -organisationen zu bilden.

3. Alle in den Punkten 1 und 2 genannten antifaschistischen Parteiorganisationen und freien Gewerkschaften sollen ihre Vorschriften und Programme der Tätigkeit bei den Organen der städtischen Selbstverwaltung und beim Militärkommandanten registrieren lassen und ihnen gleichzeitig die Liste der Mitglieder ihrer führenden Organe geben.

4. Es wird bestimmt, daß für die ganze Zeit des Besatzungsregimes die Tätigkeit aller in Punkt 1 und 2 genannten Organisationen unter der Kontrolle der Sowjetischen Militärverwaltung und entsprechend den von ihr gegebenen Instruktionen vor sich gehen wird.

5. Auf Grund des Vorstehenden sind alle faschistischen Gesetze sowie alle faschistischen Beschlüsse, Befehle, Anordnungen, Instruktionen usw. aufzuheben, die die Tätigkeit der antifaschistischen politischen Parteien und freien Gewerkschaften und Organisationen untersagen und gegen demokratische Freiheiten, bürgerliche Rechte und Interessen des deutschen Volkes gerichtet sind.

Der Oberste Chef der Sowjetischen Militärverwaltung
in Deutschland
Marschall der Sowjetunion *G. K. Shukow*

Der Stabschef der Sowjetischen Militärverwaltung
in Deutschland
Generaloberst *W. W. Kurasow*

AUFRUF
DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI
DEUTSCHLANDS

11. Juni 1945

*Schaffendes Volk in Stadt und Land!
Männer und Frauen! Deutsche Jugend!*

Wohin wir blicken, Ruinen, Schutt und Asche. Unsere Städte sind zerstört, weite ehemals fruchtbare Gebiete verwüstet und verlassen. Die Wirtschaft ist desorganisiert und völlig gelähmt. Millionen und aber Millionen Menschenopfer hat der Krieg verschlungen, den das Hitlerregime verschuldete. Millionen wurden in tiefste Not und größtes Elend gestoßen.

Eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes ist über Deutschland hereingebrochen, und aus den Ruinen schaut das Gespenst der Obdachlosigkeit, der Seuchen, der Arbeitslosigkeit, des Hungers.

Und wer trägt daran die Schuld?

Die Schuld und Verantwortung tragen die gewissenlosen Abenteurer und Verbrecher, die die Schuld am Kriege tragen. Es sind die Hitler und Göring, Himmler und Goebbels, die aktiven Anhänger und Helfer der Nazipartei. Es sind die Träger des reaktionären Militarismus, die Keitel, Jodl und Konsorten. Es sind die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei, die Herren der Großbanken und Konzerne, die Krupp und Röchling, Poensgen und Siemens.

Eindeutig ist diese Schuld. Sie wurde von den Naziführern selbst offen bekannt, als sie auf der Höhe ihrer trügerischen Triumphe standen, als ihnen Sieg und Beute gesichert erschienen.

Euch allen, ihr Männer und Frauen des schaffenden Volkes, euch Soldaten und Offizieren klingen noch die Worte in den Ohren:

„Das ist für uns der Sinn des Krieges: Wir kämpfen nicht um Ideale; wir kämpfen um die ukrainischen Weizenfelder, um das kaukasische Erdöl, den Reichtum der Welt. Gesundstoßen wollen wir uns!“

Dafür wurde das nationale Dasein unseres Volkes aufs Spiel gesetzt. Der totale Krieg Hitlers – das war der ungerechteste, wildeste und verbrecherischste Raubkrieg aller Zeiten!

Das Hitlerregime hat sich als Verderben für Deutschland erwiesen; denn durch seine Politik der Aggression und der Gewalt, des Raubes und des Krieges, der Völkervernichtung hat Hitler unser eigenes Volk ins Unglück gestürzt und es vor der gesamten gesitteten Menschheit mit schwerer Schuld und Verantwortung beladen.

Ein Verbrechen war die gewaltsame Annexion Österreichs, die Zerstückelung der Tschechoslowakei. Ein Verbrechen war die Eroberung und Unterdrückung Polens, Dänemarks, Norwegens, Belgiens, Hollands und Frankreichs, Jugoslawiens und Griechenlands. Ein Verbrechen, das sich so furchtbar an uns selbst rächte, war die Coventrierung und Ausrottung englischer Städte.

Das größte und verhängnisvollste Kriegsverbrechen Hitlers aber war der heimtückische, wortbrüchige Überfall auf die Sowjetunion, die nie einen Krieg mit Deutschland gewollt hat, aber seit 1917 dem deutschen Volke zahlreiche Beweise ehrlicher Freundschaft erbracht hat.

Deutsche Arbeiter! Konnte es ein größeres Verbrechen als diesen Krieg gegen die Sowjetunion geben?!

Und ungeheuerlich sind die Greuelthaten, die von den Hitlerbanditen in fremden Ländern begangen wurden. An den Händen der Hitlerdeutschen klebt das Blut von vielen, vielen Millionen gemordeter Kinder, Frauen und Greise. In den Todeslagern wurde die Menschenvernichtung Tag für Tag fabrikmäßig in Gaskammern und Verbrennungsöfen betrieben. Bei lebendigem Leibe verbrannt, bei lebendigem Leibe verscharrt, bei lebendigem Leibe in Stücke geteilt – so haben die Nazibanden gehaust!

Millionen Kriegsgefangene und nach Deutschland verschleppte ausländische Arbeiter wurden zu Tode geschunden, starben an Hunger, Kälte und Seuchen.

Die Welt ist erschüttert und zugleich von tiefstem Haß gegenüber Deutschland erfüllt angesichts dieser beispiellosen Verbrechen, dieses grauenregenden Massenmordens, das von Hitlerdeutschland als System betrieben wurde.

Wäre Gleiches mit Gleichem vergolten worden, deutsches Volk, was wäre mit dir geschehen?

Aber auf der Seite der Vereinten Nationen, mit der Sowjetunion, England und den Vereinigten Staaten an der Spitze, stand die Sache der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Fortschritts. Die Rote Armee und die Armeen ihrer Verbündeten haben durch ihre Opfer die Sache der Menschheit vor der Hitlerbarbarei gerettet. Sie haben die Hitlerarmee zerschlagen, den Hitlerstaat zertrümmert und damit auch dir, schaffendes deutsches Volk, Frieden und Befreiung aus den Ketten der Hitlersklaverei gebracht.

Um so mehr muß in jedem deutschen Menschen das Bewußtsein und die Scham brennen, daß das deutsche Volk einen bedeutenden Teil Mitschuld und Mitverantwortung für den Krieg und seine Folgen trägt.

Nicht nur Hitler ist schuld an den Verbrechen, die an der Menschheit begangen wurden! Ihr Teil Schuld tragen auch die zehn Millionen Deutsche, die 1932 bei freien Wahlen für Hitler stimmten, obwohl wir Kommunisten warnten: „Wer Hitler wählt, der wählt den Krieg!“

Ihr Teil Schuld tragen alle jene deutschen Männer und Frauen, die willenslos und widerstandslos zusahen, wie Hitler die Macht an sich riß, wie er alle demokratischen Organisationen, vor allem die Arbeiterorganisationen, zerschlug und die besten Deutschen einsperren, martern und köpfen ließ. Schuld tragen alle jene Deutschen, die in der Aufrüstung die „Größe Deutschlands“ sahen und im wilden Militarismus, im Marschieren und Exerzieren das alleinigmachende Heil der Nation erblickten.

Unser Unglück war, daß Millionen und aber Millionen Deutsche der Nazidemagogie verfielen, daß das Gift der tierischen Rassenlehre, des „Kampfes um Lebensraum“ den Organismus des Volkes verseuchen konnte.

Unser Unglück war, daß breite Bevölkerungsschichten das elementare Gefühl für Anstand und Gerechtigkeit verloren und Hitler folgten, als er ihnen einen gutgedeckten Mittags- und Abendbrotisch auf Kosten anderer Völker durch Krieg und Raub versprach.

So wurde das deutsche Volk zum Werkzeug Hitlers und seiner imperialistischen Auftraggeber.

Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen!

Deutsche Arbeiterjugend!

Schaffendes deutsches Volk!

Gegen den Willen eines geeinten und kampfbereiten Volkes hätte Hitler niemals die Macht ergreifen, sie festigen und seinen verbrecherischen Krieg führen können. Wir deutschen Kommunisten erklären, daß auch wir uns schuldig fühlen, indem wir es trotz der Blutopfer unserer besten Kämpfer infolge einer Reihe unserer Fehler nicht vermocht haben, die antifaschistische Einheit der Arbeiter, Bauern und Intelligenz entgegen allen Widersachern zu schmieden, im werktätigen Volk die Kräfte für den Sturz Hitlers zu sammeln, in den erfolgreichen Kampf zu führen und jene Lage zu vermeiden, in der das deutsche Volk geschichtlich versagte.

Nach all dem Leid und Unglück, der Schmach und Schande, nach der dunkelsten Ära deutscher Geschichte, heute, am Ende des „Dritten Reiches“, wird uns auch der sozialdemokratische Arbeiter recht geben, daß sich die faschistische Pest in Deutschland nur ausbreiten konnte, weil 1918 die Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher ungestraft blieben, weil nicht der Kampf um eine wirkliche Demokratie geführt wurde, weil die Weimarer Republik der Reaktion freies Spiel gewährte, weil die Antisowjethetze einiger demokratischer Führer Hitler den Weg ebnete und die Ablehnung der antifaschistischen Einheitsfront die Kraft des Volkes lähmte.

Daher fordern wir:

Keine Wiederholung der Fehler von 1918!

Schluß mit der Spaltung des schaffenden Volkes!

Keinerlei Nachsicht gegenüber dem Nazismus und der Reaktion!

Nie wieder Hetze und Feindschaft gegenüber der Sowjetunion; denn wo diese Hetze auftaucht, da erhebt die imperialistische Reaktion ihr Haupt!

Die Kommunistische Partei Deutschlands war und ist die Partei des entschiedenen Kampfes gegen Militarismus, Imperialismus und imperialistischen Krieg. Sie ist nie von diesem Wege abgewichen. Sie hat die Fahne Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, Ernst Thälmanns und Jonny Schehrs stets reingehalten. Mit Stolz blicken wir Kommunisten auf diesen Kampf zurück, in dem unsere besten und treuesten Genossen fielen. Rechtzeitig und eindringlich haben wir gewarnt, der imperialistische Weg, der Weg des Hitlerfaschismus führt Deutschland unvermeidlich in die Katastrophe.

Im Januar 1933 forderte die Kommunistische Partei zum einmütigen Generalstreik auf, um den Machtantritt Hitlers zu verhindern.

Im Juni 1933 haben wir gewarnt:

„Der Krieg steht vor der Tür! Hitler treibt Deutschland in die Katastrophe!“

Im Januar 1939 hat die Berner Konferenz der KPD dem deutschen Volk zugerufen:

„Im Westen wie im Osten schafft das Hitlerregime eine Lage, wo über Nacht das deutsche Volk in die Katastrophe des Krieges gestürzt werden kann – eines Krieges gegen die gewaltige Front aller von Hitler und der Kriegsachse bedrohten und angegriffenen Völker.“

Im Oktober 1941, als Hitler prahlerisch verkündete, Sowjetrußland sei endgültig zu Boden geworfen und werde sich niemals mehr erheben, da erklärte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands in seinem Aufruf an das deutsche Volk und an das deutsche Heer:

„Dieser Krieg ist ein für das deutsche Volk hoffnungsloser Krieg. Hitlers Niederlage ist unvermeidlich. Die einzige Rettung für das deutsche Volk besteht darin, mit dem Kriege Schluß zu machen. Um aber mit dem Kriege Schluß zu machen, muß Hitler gestürzt werden. Und wehe unserem Volke, wenn es sein Schicksal bis zuletzt an Hitler bindet!“

Jetzt gilt es, gründlich und für immer die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Ein ganz neuer Weg muß beschritten werden!

Werde sich jeder Deutsche bewußt, daß der Weg, den unser Volk bisher ging, ein falscher Weg, ein Irrweg war, der in Schuld und Schande, Krieg und Verderben führte!

Nicht nur der Schutt der zerstörten Städte, auch der reaktionäre Schutt aus der Vergangenheit muß gründlich hinweggeräumt werden. Möge der Neubau Deutschlands auf solider Grundlage erfolgen, damit eine dritte Wiederholung der imperialistischen Katastrophenpolitik unmöglich wird.

Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig, die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen, die feudalen Überreste völlig zu beseitigen und den reaktionären altpreußischen Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten.

Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.

Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.

An der gegenwärtigen historischen Wende rufen wir Kommunisten alle Werktätigen, alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte des Volkes zu diesem großen Kampf für die demokratische Erneuerung Deutschlands, für die Wiedergeburt unseres Landes auf!

Die unmittelbarsten und dringendsten Aufgaben auf diesem Wege sind gegenwärtig vor allem:

1. Vollständige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und der Hitlerpartei. Mithilfe aller ehrlichen Deutschen bei der Aufspürung versteckter Naziführer, Gestapoagenten und SS-Banden. Restlose Säuberung aller öffentlichen Ämter von den aktiven

Nazisten. Außer der Bestrafung der großen Kriegsverbrecher, die vor den Gerichten der Vereinten Nationen stehen werden, strengste Bestrafung durch deutsche Gerichte aller jener Nazis, die sich krimineller Verbrechen und der Teilnahme an Hitlers Volksverrat schuldig gemacht haben. Schnellste und härteste Maßnahmen gegen alle Versuche, die verbrecherische nazistische Tätigkeit illegal fortzusetzen, gegen alle Versuche, die Herstellung der Ruhe und Ordnung und eines normalen Lebens der Bevölkerung zu stören.

2. Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit. Allseitige aktive Unterstützung der Selbstverwaltungsorgane in ihrem Bestreben, rasch ein normales Leben zu sichern und die Erzeugung wieder in Gang zu bringen. Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums. Wirkungsvolle Maßnahmen zum Wiederaufbau der zerstörten Schulen, Wohn- und Arbeitsstätten. Strenge Sparsamkeit in der Verwaltung und bei allen öffentlichen Ausgaben. Umbau des Steuerwesens nach dem Grundsatz der progressiven Steigerung, Sicherung der restlosen Ernteeinbringung auf dem Wege breiter Arbeitshilfe für die Bauern. Gerechte Verteilung der Lebensmittel und der wichtigsten Verbrauchsgegenstände; energischer Kampf gegen die Spekulation.

3. Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes. Wiederherstellung der Legalität freier Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie der antifaschistischen demokratischen Parteien. Umbau des Gerichtswesens gemäß den neuen demokratischen Lebensformen des Volkes. Gleichheit aller Bürger ohne Unterschied der Rasse vor dem Gesetz und strengste Bestrafung aller Äußerungen des Rassenhasses. Säuberung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens von dem faschistischen und reaktionären Unrat. Pflege eines wahrhaft demokratischen, fortschrittlichen und freiheitlichen Geistes in allen Schulen und Lehranstalten. Systematische Aufklärung über den barbarischen Charakter der Nazi-Rassentheorie, über die Verlogenheit der „Lehre

vom Lebensraum“, über die katastrophalen Folgen der Hitlerpolitik für das deutsche Volk. Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und künstlerischen Gestaltung.

4. Wiederaufrichtung der auf demokratischer Grundlage beruhenden Selbstverwaltungsorgane in den Gemeinden, Kreisen und Bezirken sowie der Provinzial- bzw. Landesverwaltungen und der entsprechenden Landtage.

5. Schutz der Werktätigen gegen Unternehmerwillkür und unbotmäßige Ausbeutung. Freie demokratische Wahlen der Betriebsvertretungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in allen Betrieben, Büros und bei allen Behörden. Tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Öffentliche Hilfsmaßnahmen für die Opfer des faschistischen Terrors, für Waisenkinder, Invaliden und Kranke. Besonderer Schutz den Müttern.

6. Enteignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher, Übergabe dieses Vermögens in die Hände des Volkes zur Verfügung der kommunalen oder provinziellen Selbstverwaltungsorgane.

7. Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ihres ganzen Grund und Bodens sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesverwaltungen zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern. Es ist selbstverständlich, daß diese Maßnahmen in keiner Weise den Grundbesitz und die Wirtschaft der Großbauern berühren werden.

8. Übergabe aller jener Betriebe, die lebenswichtigen öffentlichen Bedürfnissen dienen (Verkehrsbetriebe, Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke usw.), sowie jener Betriebe, die von ihren Besitzern verlassen wurden, in die Hände der Selbstverwaltungsorgane der Gemeinden oder Provinzen bzw. Länder.

9. Friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben mit den anderen Völkern. Entschiedener Bruch mit der Politik der Aggression und der Gewalt gegenüber anderen Völkern, der Politik der Eroberung und des Raubes.

10. Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung für die durch die Hitleraggression den anderen Völkern zugefügten Schäden. Gerechte Verteilung der sich daraus ergebenden Lasten auf die verschiedenen Schichten der Bevölkerung nach dem Grundsatz, daß die Reicheren auch eine größere Last tragen.

Werktätige in Stadt und Land!

Das sind die ersten und dringendsten Aufgaben zum Wiederaufbau Deutschlands, zur Neugeburt unseres Volkes. Diese Aufgaben können nur durch die feste Einheit aller antifaschistischen, demokratischen und fortschrittlichen Volkskräfte verwirklicht werden.

Erfüllt von der Erkenntnis des Ausmaßes der Katastrophe und der verhängnisvollen Folgen der bisherigen Spaltung des Volkes gegenüber Nazismus und Reaktion, bricht sich in Stadt und Land immer stärker der Drang zur Einheit Bahn. In Übereinstimmung mit diesem Willen des Volkes darf den Spaltern und Saboteuren der Einheit kein Zoll Raum für ihr verräterisches Werk gegeben werden. Notwendig ist

die Schaffung einer festen Einheit der Demokratie für die endgültige Liquidierung des Nazismus und zum Aufbau eines neuen demokratischen Deutschlands!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands ist der Auffassung, daß das vorstehende Aktionsprogramm als Grundlage zur Schaffung eines

Blocks der antifaschistischen demokratischen Parteien

(der Kommunistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei, der Zentrumspartei und anderer) dienen kann.

Wir sind der Auffassung, daß ein solcher Block die feste Grundlage im Kampf für die völlige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und für die Aufrichtung eines demokratischen Regimes bilden kann.

Ein neues Blatt in der Geschichte des deutschen Volkes wird aufgeschlagen. Aus den Lehren des Niederbruchs Deutschlands bahnen sich im Volk neue Erkenntnisse den Weg.

Wir erklären:

Feste Einheit, entschlossener Kampf und beharrliche Arbeit bilden die Garantien des Erfolges unserer gerechten Sache!

Fester den Tritt gefaßt! Höher das Haupt erhoben! Mit aller Kraft ans Werk! Dann wird aus Not und Tod, Ruinen und Schmach die Freiheit des Volkes und ein neues würdiges Leben erstehen.

Berlin, den 11. Juni 1945

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

DIE ANTIFASCHISTISCHE DEMOKRATISCHE
EINHEIT IST DA

Einheitsfront der Kommunistischen Partei Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands und der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands

Am 14. Juli 1945 traten die Vertreter der antifaschistisch-demokratischen Parteien zu einer ersten gemeinsamen Besprechung zusammen.

An der Beratung nahmen teil:

vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands: Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Franz Dahlem, Anton Ackermann, Otto Winzer;

vom Zentralausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands: Erich W. Gniffke, Otto Grotewohl, Gustav Dahrendorf, Helmut Lehmann, Otto Meier;

vom Vorstand der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands: Andreas Hermes, Walter Schreiber, Jakob Kaiser, Theodor Steltzer, Ernst Lemmer;

vom Vorstand der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands: Waldemar Koch, Eugen Schiffer, Wilhelm Külz, Artur Lieutenant.

In einer vom Willen aufrichtiger Zusammenarbeit getragenen Aussprache wurde festgestellt:

Hitler hat Deutschland in die tiefste Katastrophe seiner Geschichte gestürzt. Die Kriegsschuld Hitlerdeutschlands ist offenkundig. Weite Kreise des deutschen Volkes waren dem Hitlerismus und seiner Ideologie verfallen und haben seinen Eroberungskrieg bis zum furchtbaren Ende unterstützt. Groß war die Zahl jener Deutschen, die willenlos der Hitlerpolitik folgten und sich damit mitschuldig gemacht haben. So hat Hitler unser ganzes Volk in ein Chaos von Schuld und Schande gestürzt.

Nur durch einen grundlegenden Umschwung im Leben und im Denken unseres ganzen Volkes, nur durch Schaffung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung ist es möglich, die Nation zu retten. Die Vertreter der vier Parteien beschließen, unter gegenseitiger Anerkennung ihrer Selbständigkeit, die Bildung einer festen Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien, um mit vereinter Kraft die großen Aufgaben zu lösen. Damit ist ein neues Blatt in der Geschichte Deutschlands aufgeschlagen.

Es wurde ein gemeinsamer Ausschuß gebildet, in den die vier Parteien je fünf Vertreter entsenden. Dieser Ausschuß wird unter wechselndem Vorsitz mindestens zweimal monatlich tagen. Ein Verbindungsbüro wird die gemeinsamen Besprechungen organisieren und für den Austausch des Materials sorgen.

Der gemeinsame Ausschuß stellt sich folgende Hauptaufgaben:

1. *Zusammenarbeit im Kampf zur Säuberung Deutschlands von den Überresten des Hitlerismus und für den Aufbau des Landes auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage, Kampf gegen das Gift der Naziideologie wie gegen alle imperialistisch-militaristischen Gedankengänge.*

2. *Gemeinsame Anstrengungen zu möglichst raschem Wiederaufbau der Wirtschaft, um Arbeit, Brot, Kleidung und Wohnung für die Bevölkerung zu schaffen.*

3. *Herstellung voller Rechtssicherheit auf der Grundlage eines demokratischen Rechtsstaates.*

4. *Sicherung der Freiheit des Geistes und des Gewissens sowie der Achtung vor jeder religiösen Überzeugung und sittlichen Weltanschauung.*

5. *Wiedergewinnung des Vertrauens und Herbeiführung eines auf gegenseitiger Achtung beruhenden Verhältnisses zu allen Völkern. Unterbindung jeder Völkerverhetzung.*

Ehrliche Bereitschaft zur Durchführung der Maßnahmen der Besatzungsbehörden und Anerkennung unserer Pflicht zur Wiedergutmachung.

Die Parteien vereinbaren, ein gemeinsames Aktionsprogramm auszuarbeiten.

Den Organisationen der antifaschistisch-demokratischen Parteien in allen Landesteilen, Bezirken, Kreisen und Orten wird empfohlen, sich in gleicher Weise, wie es zentral geschehen ist, zu gemeinsamer Aufbauarbeit zusammenzuschließen.

Berlin, den 14. Juli 1945

PROVINZIAL- UND LANDESVERWALTUNGEN
FÜR DIE PROVINZ BRANDENBURG
UND DIE LÄNDER MECKLENBURG
UND SACHSEN

In den letzten Tagen haben sich demokratische Organisationen und öffentliche Körperschaften der Länder Sachsen, Mecklenburg und der Provinz Brandenburg an das Sowjetische Militärkommando mit der Bitte um Schaffung von Landes- und Provinzialverwaltungen gewandt, wobei sie gleichzeitig Kandidaten für das Amt des Präsidenten und der Vizepräsidenten dieser Landes- und Provinzialverwaltungen namhaft machten.

Der Oberbefehlshaber der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland und der Oberste Chef der Sowjetischen Militärverwaltung, Marschall Shukow, hat die in Vorschlag gebrachten Kandidaturen geprüft und bestätigt.

Für die Provinz B r a n d e n b u r g

Bestätigt wurden:

Präsident der Provinzialverwaltung: Dr. Steinhoff, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei; von 1928 bis 1952 stellvertretender Oberpräsident von Ostpreußen.

1. Vizepräsident: Bernhard Bechler, parteilos.

2. Vizepräsident: Edwin Hoernle, Mitglied der Kommunistischen Partei, ehemaliges Mitglied des Reichstages.

3. Vizepräsident: Oberstudienrat Rückert, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, ehemaliges Mitglied des Provinzial-Schulkollegiums.

4. Vizepräsident: Dr. Georg Remak, Demokrat, früher als Oberregierungsrat tätig

Die Provinzialverwaltung Brandenburg hat ihren Sitz in Potsdam. Sie hat ihre Tätigkeit aufgenommen.

Für Mecklenburg

Bestätigt wurden:

Präsident der Landesverwaltung: Wilhelm Höcker, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, von 1920 bis 1935 Präsident des Landtages.

1. Vizepräsident: Johannes Warne, Mitglied der Kommunistischen Partei, ehemaliges Mitglied des Landtages.

2. Vizepräsident: Kulturrat Möller, Demokrat, früher in der Landwirtschaftskammer tätig.

3. Vizepräsident: Gottfried Grünberg, Mitglied der Kommunistischen Partei, früher auf dem Gebiete des Volkshilfswesens tätig.

Die Landesverwaltung Mecklenburg hat ihren Sitz in Schwerin. Sie hat ihre Tätigkeit aufgenommen.

Für Sachsen

Bestätigt wurden:

Präsident der Landesverwaltung: Rudolf Friedrichs, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, zur Zeit Oberbürgermeister von Dresden.

1. Vizepräsident: Kurt Fischer, Mitglied der Kommunistischen Partei.

2. Vizepräsident: Professor Richard Wulff, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, von 1924 bis 1925 im Preussischen Kultusministerium.

3. Vizepräsident: Dr. Wilhelm Lenhardt, parteilos, bis 1935 Direktor der Landwirtschaftskammer in Dresden.

4. Vizepräsident: Dr. Reinhold Uhl, Demokrat, früher als Oberregierungsrat tätig.

5. Vizepräsident: Gerhard Rohner, Mitglied der Zentrumspartei.

Die Landesverwaltung Sachsen hat ihren Sitz in Dresden. Sie hat ihre Tätigkeit aufgenommen.

DAS POTSDAMER ABKOMMEN

2. August 1945

I. Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin

Am 17. Juli 1945 trafen sich der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Harry S. Truman, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Generalissimus J. W. Stalin, und der Premierminister Großbritanniens, Winston S. Churchill, sowie Herr Clement R. Attlee auf der von den drei Mächten beschickten Berliner Konferenz. Sie wurden begleitet von den Außenministern der drei Regierungen, W. M. Molotow, Herrn D. F. Byrnes und Herrn A. Eden, den Stabschefs und anderen Beratern.

In der Periode vom 17. bis zum 25. Juli fanden neun Sitzungen statt. Darauf wurde die Konferenz für zwei Tage unterbrochen, an denen in England die Wahlergebnisse verkündet wurden.

Am 28. Juli kehrte Herr Attlee in der Eigenschaft als Premierminister in Begleitung des neuen Außenministers, Herrn E. Bevin, zu der Konferenz zurück. Es wurden noch vier Sitzungen abgehalten. Während der Konferenz fanden regelmäßige Begegnungen der Häupter der drei Regierungen, von den Außenministern begleitet, und regelmäßige Beratungen der Außenminister statt.

Die Kommissionen, die in den Beratungen der Außenminister für die vorherige Vorbereitung der Fragen eingesetzt worden waren, tagten gleichfalls täglich. Die Sitzungen der Konferenz fanden im Cäcilienhof bei Potsdam statt.

Die Konferenz schloß am 2. August 1945. Es wurden wichtige Entscheidungen und Vereinbarungen getroffen. Es fand ein

Meinungsaustausch über eine Reihe anderer Fragen statt. Die Beratung dieser Probleme wird durch den Rat der Außenminister, der auf dieser Konferenz geschaffen wurde, fortgesetzt.

Präsident Truman, Generalissimus Stalin und Premierminister Attlee verlassen diese Konferenz, welche das Band zwischen den drei Regierungen fester geknüpft und den Rahmen ihrer Zusammenarbeit und Verständigung erweitert hat, mit der verstärkten Überzeugung, daß ihre Regierungen und Völker, zusammen mit anderen Vereinten Nationen, die Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens sichern werden.

II. Die Einrichtung eines Rates der Außenminister

Die Konferenz erreichte eine Einigung über die Errichtung eines Rates der Außenminister, welche die fünf Hauptmächte vertreten, zur Fortsetzung der notwendigen vorbereitenden Arbeit zur friedlichen Regelung und zur Beratung anderer Fragen, welche nach Übereinstimmung zwischen den Teilnehmern in dem Rat der Regierungen von Zeit zu Zeit an den Rat übertragen werden können.

Der Text der Übereinkunft über die Errichtung des Rates der Außenminister lautet:

1. Es ist ein Rat zu errichten, bestehend aus den Außenministern des Vereinigten Königreiches, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Chinas, Frankreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika.

2. (I) Der Rat tagt normalerweise in London, wo der ständige Sitz des Vereinigten Sekretariats sein wird, das durch den Rat zu schaffen ist. Jeder Außenminister wird durch einen Stellvertreter von hohem Rang begleitet werden, welcher gegebenenfalls bevollmächtigt ist, während seiner, des Außenministers, Abwesenheit die Arbeit weiterzuführen, sowie von einem kleinen Stab technischer Mitarbeiter.

(II) Die erste Sitzung des Rates findet in London nicht später als am 1. September 1945 statt. Die Sitzungen können nach all-

gemeiner Übereinkunft nach anderen Hauptstädten einberufen werden; diese Übereinkunft kann von Zeit zu Zeit herbeigeführt werden.

3. (I) Als eine vordringliche und wichtige Aufgabe des Rates wird ihm aufgetragen, Friedensverträge für Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland aufzusetzen, um sie den Vereinten Nationen vorzulegen, und Vorschläge zur Regelung der ungelösten territorialen Fragen, die in Verbindung mit der Beendigung des Krieges in Europa entstehen, auszuarbeiten. Der Rat wird zur Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland benutzt werden, damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, nachdem eine solche Regierung gebildet sein wird.

(II) Zwecks Lösung jeder dieser Aufgaben wird der Rat aus Mitgliedern bestehen, welche diejenigen Regierungen vertreten, die die Bedingungen in der Kapitulation unterschrieben haben, die dem Feindstaat, den die gegebene Aufgabe betrifft, auferlegt wurden. Bei der Betrachtung der Fragen der Friedensregelung mit Italien wird Frankreich als Unterzeichner der Kapitulationsbedingungen Italiens betrachtet werden. Andere Mitglieder werden zur Teilnahme am Rat eingeladen werden, wenn Fragen erörtert werden, die sie direkt betreffen.

(III) Andere Angelegenheiten werden von Zeit zu Zeit dem Rat übertragen werden nach Übereinkunft zwischen den Regierungen, die seine Mitglieder sind.

4. (I) Wenn der Rat eine Frage erörtern wird, an der unmittelbar ein Staat interessiert ist, der in ihm nicht vertreten ist, so muß dieser Staat eingeladen werden, seine Vertreter zur Teilnahme an der Beratung und Prüfung dieser Frage zu entsenden.

(II) Der Rat kann seine Arbeitsweise dem Charakter des gestellten, von ihm zu prüfenden Problems anpassen. In gewissen Fällen kann er die Frage zunächst in seiner Zusammensetzung vor der Teilnahme anderer interessierter Staaten vorberaten. In anderen Fällen kann der Rat zu einer offiziellen Konferenz den Staat

einberufen, der hauptsächlich an der Lösung eines besonderen Problems interessiert ist.

Der Entschliebung der Konferenz entsprechend, schickte jede der drei Regierungen gleichlautende Einladungen an die Regierungen von China und Frankreich, diesen Text anzunehmen und sich ihnen zur Errichtung des Rates anzuschließen.

Die Errichtung des Rates der Außenminister für besondere Ziele, die in diesem Text genannt worden sind, widerspricht nicht der auf der Krimkonferenz erzielten Übereinkunft über die Abhaltung periodischer Beratungen der Außenminister der Vereinigten Staaten, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und des Vereinigten Königreiches.

Die Konferenz überprüfte auch die Situation der europäischen konsultativen Kommission im Sinne der Übereinkunft über die Errichtung des Rates der Außenminister. Mit Genugtuung wurde festgestellt, daß die Kommission erfolgreich ihre Hauptaufgaben bewältigt hat, indem sie die Vorschläge, betreffend die bedingungslose Kapitulation, die Besatzungszonen Deutschlands und Österreichs und das internationale Kontrollsystem in diesen Ländern vorlegte. Es wurde für richtig befunden, daß die speziellen Fragen, die die gegenseitige Angleichung der Politik der Alliierten hinsichtlich der Kontrolle über Deutschland und Österreich betreffen, in Zukunft der Zuständigkeit des Kontrollrats in Berlin und der Alliierten Kommission in Wien unterliegen sollen. Demgemäß ist man darüber einig geworden, die Auflösung der europäischen konsultativen Kommission zu empfehlen.

III. Deutschland

Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden. Auf der Konferenz wurde eine Übereinkunft erzielt über

die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Politik der Alliierten in bezug auf das besiegte Deutschland in der Periode der alliierten Kontrolle.

Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krimdeklaration über Deutschland. Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.

Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.

Der Text dieser Übereinkunft lautet:

Politische und wirtschaftliche Grundsätze, deren man sich bei der Behandlung Deutschlands in der Anfangsperiode der Kontrolle bedienen muß:

A. Politische Grundsätze

1. Entsprechend der Übereinkunft über das Kontrollsystem in Deutschland wird die höchste Regierungsgewalt in Deutschland durch die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreiches, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Französischen Republik nach den Weisungen ihrer entsprechenden Regierungen ausgeübt, und zwar von jedem in seiner Eigenschaft als Mitglied des Kontrollrates in den Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen.

2. Soweit dieses praktisch durchführbar ist, muß die Behandlung der deutschen Bevölkerung in ganz Deutschland gleich sein.

5. Die Ziele der Besetzung Deutschlands, durch welche der Kontrollrat sich leiten lassen soll, sind:

(I) Völlige *Abrüstung* und *Entmilitarisierung* Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann, oder deren Überwachung.

Zu diesem Zweck:

a) werden alle Land-, See- und Luftstreitkräfte Deutschlands, SS, SA, SD und Gestapo mit allen ihren Organisationen, Stäben und Ämtern, einschließlich des Generalstabes, des Offizierkorps, der Reservisten der Kriegsschulen, der Kriegervereine und aller anderen militärischen und halb-militärischen Organisationen zusammen mit ihren Vereinen und Unterorganisationen, die den Interessen der Erhaltung der militärischen Tradition dienen, völlig und endgültig aufgelöst, um damit für immer der Wiedergeburt oder Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus und Nazismus vorzubeugen,

b) müssen sich alle Waffen, Munition und Kriegsgerät und alle Spezialmittel zu deren Herstellung in der Gewalt der Alliierten befinden oder vernichtet werden. Der Unterhaltung und Herstellung aller Flugzeuge und aller Waffen, Ausrüstung und Kriegsgerät wird vorgebeugt werden.

(II) Das *deutsche Volk* muß überzeugt werden, daß es eine *totale militärische Niederlage* erlitten hat und daß es sich nicht der Verantwortung entziehen kann für das, was es selbst dadurch auf sich geladen hat, daß seine eigene mitleidlose Kriegführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Elend unvermeidlich gemacht haben.

(III) Die *Nationalsozialistische Partei* mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu *vernichten*; alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, daß sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.

(IV) Die *endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage* und eine eventuelle fried-

liche Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben sind vorzubereiten.

4. Alle *nazistischen Gesetze*, welche die Grundlagen für das Hitlerregime geliefert haben oder eine Diskriminierung auf Grund der Rasse, Religion oder politischen Überzeugung errichteten, *müssen abgeschafft werden*. Keine solche Diskriminierung, weder eine rechtliche noch eine administrative oder irgendeiner anderen Art, wird geduldet.

5. *Kriegsverbrecher* und alle diejenigen, die an der Planung oder Verwirklichung nazistischer Maßnahmen, die Greuel oder Kriegsverbrechen nach sich zogen oder als Ergebnis hatten, teilgenommen haben, sind zu verhaften und *dem Gericht zu übergeben*. Nazistische Parteiführer, einflußreiche Nazianhänger und die Leiter der nazistischen Ämter und Organisationen und alle anderen Personen, die für die Besetzung und ihre Ziele gefährlich sind, sind zu verhaften und zu internieren.

6. Alle *Mitglieder der nazistischen Partei*, welche *mehr als nominell* an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben, und alle anderen Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen, *sind aus den öffentlichen oder halböffentlichen Ämtern* und von den verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmungen *zu entfernen*. Diese Personen müssen durch Personen ersetzt werden, welche nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften fähig erscheinen, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken.

7. Das *Erziehungswesen* in Deutschland muß so überwacht werden, daß die nazistischen und militaristischen Lehren völlig entfernt werden und eine *erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen* möglich gemacht wird.

8. Das *Gerichtswesen* wird entsprechend den Grundsätzen der Demokratie und der Gerechtigkeit auf der Grundlage der Gesetzlichkeit und der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz ohne Unterschied der Rasse, der Nationalität und der Religion *reorganisiert* werden.

9. Die *Verwaltung* Deutschlands muß in Richtung auf eine Dezentralisation der politischen Struktur und der Entwicklung

einer örtlichen Selbstverantwortung durchgeführt werden. Zu diesem Zwecke:

(I) wird die lokale *Selbstverwaltung* in ganz Deutschland *nach demokratischen Grundsätzen*, und zwar durch Wahlausschüsse (Räte), so schnell, wie es mit der Wahrung der militärischen Sicherheit und den Zielen der militärischen Besatzung vereinbar ist, wiederhergestellt;

(II) sind in ganz Deutschland alle *demokratischen politischen Parteien* zu erlauben und zu fördern mit der Einräumung des Rechtes, Versammlungen einzuberufen und öffentliche Diskussionen durchzuführen;

(III) soll der Grundsatz der *Wahlvertretung* in die Gemeinde-, Kreis-, Provinzial- und Landesverwaltungen so schnell, wie es durch die erfolgreiche Anwendung dieser Grundsätze in der örtlichen Selbstverwaltung gerechtfertigt werden kann, eingeführt werden;

(IV) wird bis auf weiteres keine zentrale deutsche Regierung errichtet werden. Jedoch werden einige wichtige zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen errichtet werden, an deren Spitze Staatssekretäre stehen, und zwar auf den Gebieten des Finanzwesens, des Transportwesens, des Verkehrswesens, des Außenhandels und der Industrie. Diese Abteilungen werden unter der Leitung des Kontrollrates tätig sein.

10. Unter Berücksichtigung der Notwendigkeit der Erhaltung der militärischen Sicherheit wird die *Freiheit der Rede*, der *Presse* und der *Religion* gewährt. Die religiösen Einrichtungen sollen respektiert werden. Die Schaffung freier Gewerkschaften, gleichfalls unter Berücksichtigung der Notwendigkeit der Erhaltung der militärischen Sicherheit, wird gestattet werden.

B. Wirtschaftliche Grundsätze

11. Mit dem Ziele der Vernichtung des deutschen Kriegspotentials ist die Produktion von Waffen, Kriegsausrüstung und Kriegsmitteln, ebenso die Herstellung aller Typen von Flugzeugen und

Seeschiffen zu verbieten und zu unterbinden. Die Herstellung von Metallen und Chemikalien, der Maschinenbau und die Herstellung anderer Gegenstände, die unmittelbar für die Kriegswirtschaft notwendig sind, ist streng zu überwachen und zu beschränken, entsprechend dem genehmigten Stand der friedlichen Nachkriegsbedürfnisse Deutschlands, um die in dem Punkt 15 angeführten Ziele zu befriedigen. Die entbehrliche Produktionskapazität für die Industrie, welche erlaubt sein wird, ist entsprechend dem durch die interalliierte Reparationskommission empfohlenen und durch die beteiligten Regierungen bestätigten Reparationsplan entweder zu entfernen oder, falls sie nicht entfernt werden kann, zu vernichten.

12. *In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Truste und andere Monopolvereinigungen.*

13. Bei der Organisation des deutschen Wirtschaftslebens ist das Hauptgewicht auf die Entwicklung der Landwirtschaft und der Friedensindustrie für den inneren Bedarf (Verbrauch) zu legen.

14. *Während der Besatzungszeit ist Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten.* Mit diesem Ziel sind gemeinsame Richtlinien aufzustellen hinsichtlich:

a) der Erzeugung und der Verteilung der Produkte der Bergbau- und der verarbeitenden Industrie;

b) der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und der Fischerei;

c) der Löhne, der Preise und der Rationierung;

d) des Import- und Exportprogramms für Deutschland als Ganzes;

e) der Währung und des Bankwesens, der zentralen Besteuerung und der Zölle;

f) der Reparationen und der Beseitigung des militärischen Industriepotentials;

g) des Transport- und Verkehrswesens.

Bei der Durchführung dieser Richtlinien sind gegebenenfalls die verschiedenen örtlichen Bedingungen zu berücksichtigen.

15. Es ist eine alliierte Kontrolle über das deutsche Wirtschaftsleben zu errichten, jedoch nur in den Grenzen, die notwendig sind:

a) zur Erfüllung des Programms der industriellen Abrüstung und Entmilitarisierung, der Reparationen und der erlaubten Aus- und Einfuhr;

b) zur Sicherung der Warenproduktion und der Dienstleistungen, die zur Befriedigung der Bedürfnisse der Besatzungsstreitkräfte und der verpflanzten Personen in Deutschland notwendig und die wesentlich sind für die Erhaltung eines mittleren Lebensstandards in Deutschland, der den mittleren Lebensstandard der europäischen Länder nicht übersteigt. (Europäische Länder in diesem Sinne sind alle europäischen Länder mit Ausnahme des Vereinigten Königreiches und der Sowjetunion);

c) zur Sicherung – in der Reihenfolge, die der Kontrollrat festsetzt – einer gleichmäßigen Verteilung der wesentlichsten Waren unter den verschiedenen Zonen, um ein ausgeglichenes Wirtschaftsleben in ganz Deutschland zu schaffen und, die Einfuhrnotwendigkeiten einzuschränken;

d) zur Überwachung der deutschen Industrie und aller wirtschaftlichen und finanziellen internationalen Abkommen einschließlich der Aus- und Einfuhr mit dem Ziel der Unterbindung einer Entwicklung des Kriegspotentials in Deutschland und der Erreichung der anderen genannten Aufgaben;

e) zur Überwachung aller deutschen öffentlichen oder privaten wissenschaftlichen Forschungs- oder Versuchsanstalten, Laboratorien usw., die mit einer Wirtschaftstätigkeit verbunden sind.

16. Zur Einführung und Unterstützung der wirtschaftlichen Kontrolle, die durch den Kontrollrat errichtet worden ist, ist ein deutscher Verwaltungsapparat zu schaffen. Den deutschen Behörden ist nahe-zulegen, in möglichst vollem Umfange die Verwaltung dieses Apparates zu fördern und zu übernehmen. So ist dem deutschen Volk klarzumachen, daß die Verantwortung für diese Verwaltung und deren Versagen auf ihm ruhen wird. Jede deutsche Verwaltung, die dem Ziel der Besetzung nicht entsprechen wird, wird verboten werden.

17. Es sind unverzüglich Maßnahmen zu treffen zur:

- a) Durchführung der notwendigen Instandsetzungen des Verkehrswesens,
- b) Hebung der Kohlenerzeugung,
- c) weitestmöglichen Vergrößerung der landwirtschaftlichen Produktion und
- d) Durchführung einer beschleunigten Instandsetzung der Wohnungen und der wichtigsten öffentlichen Einrichtungen.

18. Der Kontrollrat hat entsprechende Schritte zur Verwirklichung der Kontrolle und der Verfügung über alle deutschen Guthaben im Auslande zu übernehmen, welche noch nicht unter die Kontrolle der alliierten Nationen, die an dem Krieg gegen Deutschland teilgenommen haben, geraten sind.

19. Die Bezahlung der Reparationen soll dem deutschen Volke genügend Mittel belassen, um ohne eine Hilfe von außen zu existieren. Bei der Aufstellung des Haushaltsplanes Deutschlands sind die nötigen Mittel für die Einfuhr bereitzustellen, die durch den Kontrollrat in Deutschland genehmigt worden ist. Die Einnahmen aus der Ausfuhr der Erzeugnisse der laufenden Produktion und der Warenbestände dienen in erster Linie der Bezahlung dieser Einfuhr. Die hier erwähnten Bedingungen werden nicht angewandt bei den Einrichtungen und Produkten, die in den Punkten 4a und 4b der Übereinkunft über die deutschen Reparationen erwähnt sind.

IV. Reparationen aus Deutschland

In Übereinstimmung mit der Entscheidung der Krimkonferenz, wonach Deutschland gezwungen werden soll, in größtmöglichem Ausmaß für die Verluste und die Leiden, die es den Vereinten Nationen verursacht hat und wofür das deutsche Volk der Verantwortung nicht entgehen kann, Ausgleich zu schaffen, wurde folgende Übereinkunft über Reparationen erreicht:

1. Die Reparationsansprüche der UdSSR sollen durch Entnahmen aus der von der UdSSR besetzten Zone in Deutschland und durch angemessene deutsche Auslandsguthaben befriedigt werden.

2. Die UdSSR wird die Reparationsansprüche Polens aus ihrem eigenen Anteil an den Reparationen befriedigen.

3. Die Reparationsansprüche der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreiches und der anderen zu Reparationsforderungen berechtigten Länder werden aus den westlichen Zonen und den entsprechenden deutschen Auslandsguthaben befriedigt werden.

4. In Ergänzung der Reparationen, die die UdSSR aus ihrer eigenen Besatzungszone erhält, wird die UdSSR zusätzlich aus den westlichen Zonen erhalten:

a) 15 Prozent derjenigen verwendungsfähigen und vollständigen industriellen Ausrüstung, vor allem der metallurgischen, chemischen und Maschinen erzeugenden Industrien, soweit sie für die deutsche Friedenswirtschaft unnötig und aus den westlichen Zonen Deutschlands zu entnehmen sind, im Austausch für einen entsprechenden Wert an Nahrungsmitteln, Kohle, Kali, Zink, Holz, Tonprodukten, Petroleumprodukten und anderen Waren nach Vereinbarung.

b) 10 Prozent derjenigen industriellen Ausrüstung, die für die deutsche Friedenswirtschaft unnötig und aus den westlichen Zonen zu entnehmen und auf Reparationskonto an die Sowjetregierung zu übertragen ist, ohne Bezahlung oder Gegenleistung irgendwelcher Art.

Die Entnahmen der Ausrüstung, wie sie oben in a) und b) vorgesehen sind, sollen gleichzeitig erfolgen.

5. Der Umfang der aus den westlichen Zonen zu entnehmenden Ausrüstung, der auf Reparationskonto geht, muß spätestens innerhalb von sechs Monaten von jetzt ab bestimmt sein.

6. Die *Entnahme der industriellen Ausrüstung soll* so bald wie möglich beginnen und *innerhalb von zwei Jahren*, gerechnet vom Zeitpunkt der in § 5 spezifizierten Bestimmung, *abgeschlossen sein*. Die Auslieferung der in § 4a) genannten Produkte soll so schnell wie möglich beginnen, und zwar in durch Vereinbarung bedingten Teillieferungen seitens der Sowjetunion, und innerhalb von fünf Jahren von dem erwähnten Datum ab erfolgen. Die Bestimmung des Umfanges und der Art der industriellen Ausrüstung, die für die deutsche Friedenswirtschaft unnötig ist und der Reparation

unterliegt, soll durch den Kontrollrat gemäß den Richtlinien erfolgen, die von der alliierten Kontrollkommission für Reparationen unter Beteiligung Frankreichs festgelegt sind, wobei die endgültige Entscheidung durch den Kommandierenden der Zone getroffen wird, aus der die Ausrüstung entnommen werden soll.

7. Von der Festlegung des Gesamtumfanges der der Entnahme unterworfenen Ausrüstung sollen Vorschußlieferungen solcher Ausrüstung erfolgen, die als zur Auslieferung verfügbar bestimmt werden, in Übereinstimmung mit dem Verfahren, das im letzten Satz des § 6 vorgesehen ist.

8. Die Sowjetregierung verzichtet auf alle Ansprüche bezüglich der Reparationen aus Anteilen an deutschen Unternehmungen, die in den westlichen Besatzungszonen in Deutschland gelegen sind. Das gleiche gilt für deutsche Auslandsguthaben in allen Ländern, mit Ausnahme der weiter unten in § 9 gekennzeichneten Fälle.

9. Die Regierungen der USA und des Vereinigten Königreiches verzichten auf ihre Ansprüche im Hinblick auf Reparationen hinsichtlich der Anteile an deutschen Unternehmungen, die in der östlichen Besatzungszone in Deutschland gelegen sind. Das gleiche gilt für deutsche Auslandsguthaben in Bulgarien, Finnland, Ungarn, Rumänien und Österreich.

10. Die Sowjetregierung erhebt keine Ansprüche auf das von den alliierten Truppen in Deutschland erbeutete Gold.

V. Die deutsche Kriegs- und Handelsmarine

Die Konferenz erzielte im Prinzip eine Einigung hinsichtlich der Maßnahmen über die Ausnutzung und die Verfügung über die ausgelieferte deutsche Flotte und die Handelsschiffe. Es wurde beschlossen, daß die drei Regierungen Sachverständige bestellen, um gemeinsam detaillierte Pläne zur Verwirklichung der vereinbarten Grundsätze auszuarbeiten. Eine weitere gemeinsame Erklärung wird von den drei Regierungen gleichzeitig zu gegebener Zeit veröffentlicht werden.

VI. Stadt Königsberg und das anliegende Gebiet

Die Konferenz prüfte einen Vorschlag der Sowjetregierung, daß vorbehaltlich der endgültigen Bestimmung der territorialen Fragen bei der Friedensregelung derjenige Abschnitt der Westgrenze der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der an die Ostsee grenzt, von einem Punkt an der östlichen Küste der Danziger Bucht in östlicher Richtung nördlich von Braunsberg-Goldap und von da zu dem Schnittpunkt der Grenzen Litauens, der Polnischen Republik und Ostpreußens verlaufen soll.

Die Konferenz hat grundsätzlich dem Vorschlag der Sowjetregierung hinsichtlich der endgültigen Übergabe der Stadt Königsberg und des anliegenden Gebietes an die Sowjetunion gemäß der obigen Beschreibung zugestimmt, wobei der genaue Grenzverlauf einer sachverständigen Prüfung vorbehalten bleibt.

Der Präsident der USA und der britische Premierminister haben erklärt, daß sie den Vorschlag der Konferenz bei der bevorstehenden Friedensregelung unterstützen werden.

VII. Kriegsverbrecher

Die drei Regierungen haben von dem Meinungs-austausch Kenntnis genommen, der in den letzten Wochen in London zwischen britischen, USA-, sowjetischen und französischen Vertretern mit dem Ziele stattgefunden hat, eine Vereinbarung über die Methoden des Verfahrens gegen alle Hauptkriegsverbrecher zu erzielen, deren Verbrechen nach der Moskauer Erklärung vom Oktober 1943 räumlich nicht besonders begrenzt sind.

Die drei Regierungen bekräftigen ihre Absicht, diese Verbrechen einer schnellen und sicheren Gerichtsbarkeit zuzuführen. Sie hoffen, daß die Verhandlungen in London zu einer schnellen Vereinbarung führen, die diesem Zwecke dient, und sie betrachten es als eine Angelegenheit von größter Wichtigkeit, daß der Prozeß gegen diese Hauptverbrecher zum frühestmöglichen Zeitpunkt beginnt.

Die erste Liste der Angeklagten wird vor dem 1. September dieses Jahres veröffentlicht werden.

VIII. Österreich

Die Konferenz hat einen Vorschlag der Sowjetregierung über die Ausdehnung der Autorität der Österreichischen Provisorischen Regierung auf ganz Österreich geprüft.

Die drei Regierungen stimmten darin überein, daß sie bereit seien, diese Frage nach dem Einzug der britischen und amerikanischen Streitkräfte in die Stadt Wien zu prüfen.

IX. Polen

Die Konferenz hat die Fragen, die sich auf die Polnische Provisorische Regierung der Nationalen Einheit und auf die Westgrenze Polens beziehen, der Betrachtung unterzogen.

Hinsichtlich der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit definierten sie ihre Haltung in der folgenden Feststellung:

a) Wir haben mit Genugtuung von dem Abkommen Kenntnis genommen, das die polnischen Vertreter aus Polen selbst und diejenigen aus dem Auslande erzielt haben, durch das die in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Krimkonferenz erfolgte Bildung einer Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit möglich geworden ist, die von den drei Mächten anerkannt worden ist. Die Herstellung diplomatischer Beziehungen mit der Polnischen Provisorischen Regierung durch die britische Regierung und die Regierung der Vereinigten Staaten hatte die Zurückziehung ihrer Anerkennung der früheren polnischen Regierung in London zur Folge, die nicht mehr besteht.

Die Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens haben Maßnahmen zum Schutz der Interessen der Polnischen Pro-

visorischen Regierung der Nationalen Einheit als der anerkannten Regierung des polnischen Staates hinsichtlich des Eigentums getroffen, das dem polnischen Staate gehört, in ihren Gebieten liegt und unter ihrer Kontrolle steht, unabhängig davon, welcher Art dieses Eigentum auch sein mag.

Sie haben weiterhin Maßnahmen zur Verhinderung einer Über-eignung derartigen Eigentums an Dritte getroffen.

Der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit werden alle Möglichkeiten zur Anwendung der gesetzlichen Maßnahmen geboten werden zur Wiederherstellung eines beliebigen Eigentumsrechtes des polnischen Staates, das ihm ungesetzlich entzogen worden sein sollte.

Die drei Mächte sind darum besorgt, der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit bei der Angelegenheit der Erleichterung der möglichst baldigen Rückkehr aller Polen im Ausland nach Polen behilflich zu sein, und zwar für alle Polen im Ausland, die nach Polen zurückzukehren wünschen, einschließlich der Mitglieder der polnischen bewaffneten Streitkräfte und der polnischen Handelsmarine. Sie erwarten, daß den in die Heimat zurückkehrenden Polen die gleichen persönlichen und eigentums-mäßigen Rechte zugestimmt werden wie allen übrigen polnischen Bürgern.

Die drei Mächte nehmen zur Kenntnis, daß die Polnische Provi-sorische Regierung der Nationalen Einheit in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Krimkonferenz der Abhaltung freier und ungehinderter Wahlen, die so bald wie möglich auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts und der geheimen Abstimmung durch-geführt werden sollen, zugestimmt hat, wobei alle demokratischen und antinazistischen Parteien das Recht zur Teilnahme und zur Aufstellung von Kandidaten haben und die Vertreter der alliierten Presse volle Freiheit genießen sollen, der Welt über die Entwick-lung der Ereignisse in Polen vor und während der Wahlen zu berichten.

b) Bezüglich der *Westgrenze Polens* wurde folgendes Abkommen erzielt: In Übereinstimmung mit dem auf der Krimkonferenz er-

zielten Abkommen haben die Häupter der drei Regierungen die Meinung der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit hinsichtlich des Territoriums im Norden und Westen geprüft, das Polen erhalten soll. Der Präsident des Nationalrates Polens und die Mitglieder der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit sind auf der Konferenz empfangen worden und haben ihre Auffassung in vollem Umfange dargelegt. Die Häupter der drei Regierungen bekräftigen ihre Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu der Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll.

Die Häupter der drei Regierungen stimmen darin überein, daß bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Teiles Ostpreußens, der nicht unter die Verwaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Übereinstimmung mit den auf dieser Konferenz erzielten Vereinbarungen gestellt wird, und einschließlich des Gebietes der früheren Freien Stadt Danzig unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen.

X. Der Abschluß der Friedensverträge und Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen

Die Konferenz einigte sich auf die folgende Erklärung über eine gemeinsame Politik zur möglichst baldigen Schaffung der Bedingungen für einen dauerhaften Frieden nach der siegreichen Beendigung des Krieges in Europa:

Die drei Regierungen betrachten es als wünschenswert, daß die gegenwärtige anomale Stellung Italiens, Bulgariens, Finnlands, Ungarns und Rumäniens durch den Abschluß von Friedensver-

trägen beendet werden soll. Sie vertrauen darauf, daß auch die anderen interessierten alliierten Regierungen diese Ansicht teilen.

Für ihren Teil haben die drei Regierungen die Vorbereitung eines Friedensvertrages für Italien als erste unter den vordringlichen und wichtigen Aufgaben vorgesehen, denen sich der Rat der Außenminister unterziehen soll. Italien war die erste der Achsenmächte, die mit Deutschland gebrochen hat, zu dessen Niederlage es materiell erheblich beigetragen hat, und es hat sich jetzt den Alliierten in ihrem Kampf gegen Japan angeschlossen. Italien hat sich selbst vom faschistischen Regime befreit und macht gute Fortschritte auf dem Wege zur Wiederherstellung einer demokratischen Regierung und demokratischer Einrichtungen. Der Abschluß eines solchen Friedensvertrages mit einer anerkannten und demokratischen italienischen Regierung würde es den drei Regierungen ermöglichen, ihrem Wunsche entsprechend einen Antrag Italiens auf die Mitgliedschaft in der Organisation der Vereinten Nationen zu unterstützen.

Die drei Regierungen haben ferner den Rat der Außenminister mit der Aufgabe einer Vorbereitung von Friedensverträgen für Bulgarien, Finnland, Ungarn und Rumänien beauftragt. Der Abschluß von Friedensverträgen mit anerkannten demokratischen Regierungen in diesen Staaten würde ebenfalls die drei Regierungen befähigen, deren Anträge auf Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen zu unterstützen.

Die drei Regierungen kommen überein, jede für sich in naher Zukunft im Lichte der dann vorherrschenden Bedingungen die Herstellung diplomatischer Beziehungen zu Finnland, Rumänien, Bulgarien und Ungarn zu untersuchen, soweit dies vor Abschluß von Friedensverträgen mit diesen Ländern möglich ist.

Die drei Regierungen zweifeln nicht, daß im Hinblick auf die veränderten Umstände, bedingt durch das Kriegsende in Europa, die Vertreter der alliierten Presse volle Freiheit genießen, der Welt über die Ereignisse in Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland zu berichten.

Hinsichtlich der Zulassung anderer Staaten zur Organisation

der Vereinten Nationen erklärt Artikel 4 der Charta der Vereinten Nationen folgendes:

„1. Die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen steht allen anderen friedliebenden Staaten offen, die die in der vorliegenden Charta enthaltenen Verpflichtungen akzeptieren und nach dem Urteil der Organisation willens und in der Lage sind, diese Verpflichtungen durchzuführen.

2. Die Zulassung jedes derartigen Staates zur Mitgliedschaft der Vereinten Nationen erfolgt durch Beschluß der Generalversammlung auf Empfehlung des Sicherheitsrates.“

Die drei Regierungen werden ihrerseits Anträge auf Mitgliedschaft seitens solcher Staaten, die während des Krieges neutral geblieben sind und die oben angeführten Bedingungen erfüllen werden, unterstützen.

Die drei Regierungen fühlen sich jedoch verpflichtet klarzustellen, daß sie für ihren Teil einen Antrag auf Mitgliedschaft seitens der gegenwärtigen spanischen Regierung, die sich mit Unterstützung der Achsenmächte gebildet hat, nicht begünstigen werden, da diese angesichts ihres Ursprunges, ihres Charakters, ihrer Geschichte und ihrer engen Verbindung mit den Angreiferstaaten nicht die notwendigen Qualifikationen zur Rechtfertigung einer derartigen Mitgliedschaft besitzt.

XI. Territoriale Treuhänderschaft

Die Konferenz prüfte einen Vorschlag der Sowjetunion hinsichtlich einer Treuhänderschaft über Territorien, wie sie in dem Beschluß der Krimkonferenz und in der Charta der Vereinten Nationen definiert sind.

Nach einem Meinungs austausch über diese Frage wurde beschlossen, daß die Verfügung über frühere italienische Kolonialgebiete im Zusammenhang mit der Vorbereitung eines Friedensvertrages für Italien geklärt und im September vom Rat der Außenminister beraten werden soll.

XII. Verfahrensregelung bei der alliierten Kontrollkommission in Rumänien, Bulgarien und Ungarn

Die drei Regierungen nehmen zur Kenntnis, daß die Sowjetvertreter bei den alliierten Kontrollkommissionen in Rumänien, Bulgarien und Ungarn ihren britischen und amerikanischen Kollegen Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit der Kontrollkommissionen übermittelt haben, nachdem die Feindseligkeiten in Europa aufgehört haben.

Die drei Regierungen kamen überein, daß die Revision des Verfahrens der alliierten Kontrollkommissionen in diesen Ländern jetzt durchgeführt werden könne, wobei die Interessen und Verantwortlichkeiten der drei Regierungen berücksichtigt sind, die gemeinsam die Waffenstillstandsbedingungen den jeweiligen Ländern vorgelegt haben, und wobei die vereinbarten Vorschläge als Grundlage dienen sollen.

XIII. Ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile

Die Konferenz erzielte folgendes Abkommen über die Ausweisung Deutscher aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn:

Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, daß die *Überführung der deutschen Bevölkerung* oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. Sie stimmen darin überein, daß jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll. Da der Zustrom einer großen Zahl Deutscher nach Deutschland die Lasten vergrößern würde, die bereits auf den Besatzungsbehörden ruhen, halten sie es für wünschenswert, daß der Alliierte Kontrollrat in Deutschland zunächst das Problem unter besonderer Berücksichtigung der Frage einer *gerechten Verteilung* dieser Deutschen auf die *einzelnen Besatzungszonen* prüfen soll. Sie beauftragen demgemäß

ihre jeweiligen Vertreter beim Kontrollrat, ihren Regierungen so bald wie möglich über den Umfang zu berichten, in dem derartige Personen schon aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Deutschland gekommen sind, und eine Schätzung über Zeitpunkt und Ausmaß vorzulegen, zu dem die weiteren Überführungen durchgeführt werden könnten, wobei die gegenwärtige Lage in Deutschland zu berücksichtigen ist. Die tschechoslowakische Regierung, die Polnische Provisorische Regierung und der Alliierte Kontrollrat in Ungarn werden gleichzeitig von Obigem in Kenntnis gesetzt und ersucht werden, inzwischen weitere Ausweisungen der deutschen Bevölkerung einzustellen, bis die betroffenen Regierungen die Berichte ihrer Vertreter an den Kontrollausschuß geprüft haben.

XIV. Militärische Besprechungen

Während der Konferenz fanden Sitzungen zwischen den Stabschefs der drei Regierungen über militärische Themen gemeinsamen Interesses statt.

2. August 1945

J. W. Stalin
Harry S. Truman
C. R. Attlee

VERORDNUNG
ÜBER DIE BODENREFORM IN DER PROVINZ SACHSEN

Entsprechend den Forderungen der werktätigen Bauern nach einer gerechten Bodenverteilung und Liquidierung des feudalen und junkerlichen Grundbesitzes sowie zum Zwecke der Landzuteilung an landlose und landarme Bauern, darunter auch an diejenigen Bauern, die aus anderen Staaten umsiedelten, beschließt die Verwaltung der Provinz Sachsen folgende Verordnung:

Artikel I

1. Die demokratische Bodenreform ist eine unaufschiebbare nationale, wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit. Die Bodenreform muß die Liquidierung des feudal-junkerlichen Großgrundbesitzes gewährleisten und der Herrschaft der Junker und Großgrundbesitzer im Dorfe ein Ende bereiten, weil diese Herrschaft immer eine Bastion der Reaktion und des Faschismus in unserem Lande darstellte und eine der Hauptquellen der Aggression und der Eroberungskriege gegen andere Völker war. Durch die Bodenreform soll der jahrhundertalte Traum der landlosen und landarmen Bauern von der Übergabe des Großgrundbesitzes in ihre Hände erfüllt werden. Somit ist die Bodenreform die wichtigste Voraussetzung der demokratischen Umgestaltung und des wirtschaftlichen Aufstieges unseres Landes.

Der Grundbesitz soll sich in unserer deutschen Heimat auf feste, gesunde und produktive Bauernwirtschaften stützen, die Privateigentum ihres Besitzers sind.

2. Das Ziel der Bodenreform ist:

a) das Ackerland der bereits bestehenden Bauernhöfe unter 5 Hektar zu vergrößern;

b) neue, selbständige Bauernwirtschaften für landlose Bauern, Landarbeiter und kleine Pächter zu schaffen;

c) an Umsiedler und Flüchtlinge, die durch die räuberische hitlerische Kriegspolitik ihr Hab und Gut verloren haben, Land zu geben;

d) zur Versorgung der Arbeiter, Angestellten und Handwerker mit Fleisch- und Milchprodukten in der Nähe der Städte Wirtschaften zu schaffen, die der Stadtverwaltung unterstehen, sowie den Arbeitern und Angestellten zum Zwecke des Gemüseanbaus kleine Grundstücke (Parzellen) zur Verfügung zu stellen;

e) die bestehenden Wirtschaften, die wissenschaftlichen Forschungsarbeiten und Experimentalzwecken bei den landwirtschaftlichen Lehranstalten sowie anderen staatlichen Erfordernissen dienen, zu erhalten und neue zu organisieren.

Artikel II

1. Zur Durchführung dieser Maßnahmen wird ein Bodenfonds aus dem Grundbesitz gebildet, der unter den Ziffern 2, 3, und 4 dieses Artikels angeführt ist.

2. Folgender Grundbesitz wird mit allen darauf befindlichen Gebäuden, lebendem und totem Inventar und anderem landwirtschaftlichen Vermögen, unabhängig von der Größe der Wirtschaft, enteignet:

a) der Grundbesitz der Kriegsverbrecher und Kriegsschuldigen mit allem darauf befindlichen landwirtschaftlichen Vermögen;

b) der Grundbesitz mit allem darauf befindlichen landwirtschaftlichen Vermögen, der den Naziführern und den aktiven Verfechtern der Nazi-Partei und ihrer Gliederungen sowie den führenden Personen des Hitlerstaates gehörte, darunter allen Personen, die in der Periode der Naziherrschaft Mitglieder der Reichsregierung und des Reichstages waren.

3. Gleichfalls wird der gesamte feudal-junkerliche Boden und Großgrundbesitz über 100 Hektar mit allen Bauten, lebendem und totem Inventar und anderem landwirtschaftlichen Vermögen enteignet.

4. Der dem Staat gehörende Grundbesitz wird ebenfalls in den Bodenfonds der Bodenreform einbezogen, soweit er nicht für die Zwecke verwandt wird, die unter der nachfolgenden Ziffer 5 dieses Artikels angeführt sind.

5. Folgender Grundbesitz und folgendes landwirtschaftliche Vermögen unterliegen nicht der Enteignung:

a) der Boden der landwirtschaftlichen und wissenschaftlichen Forschungsinstitutionen, der Versuchsanstalten und Lehranstalten;

b) der Boden, der den Stadtverwaltungen gehört und für die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse zur Versorgung der Stadtbevölkerung benötigt wird;

c) Gemeindeland und Grundbesitz der landwirtschaftlichen Genossenschaften und Schulen;

d) der Grundbesitz der Klöster, kirchlichen Institutionen, Kirchen und Bistümer.

Artikel III

1. Bei der Durchführung der in Artikel II genannten Maßnahmen zur Beschlagnahme des Bodens wird als eine und dieselbe Wirtschaft angesehen:

a) Grundstücke, die ein und demselben Besitzer gehören, aber sich in verschiedenen Bezirken Deutschlands befinden;

b) das Grundstück eines Ehepaares;

c) das Grundstück von Eltern und unmündigen Kindern;

d) das Grundstück von Mitbesitzern.

Diejenigen Wirtschaften, die juristisch oder faktisch ihren Besitz nach dem 1. Juni 1945 geteilt haben, werden als eine Wirtschaft angesehen.

2. Bei der Durchführung der in Artikel II angeführten Maßnahmen ist unter der Bezeichnung „Bodenbesitz“ der gesamte

landwirtschaftliche Besitz, einschließlich des Herrenhofes, der Wälder, Gärten, Wiesen, Weiden, Seen, Sümpfe usw., zu verstehen.

Artikel IV

1. Die Vorbereitungen zur Durchführung der Bodenreform liegen in den Händen der Kreis- und Gemeindeverwaltungen unter der Kontrolle der Verwaltung der Provinz Sachsen.

2. Zur unmittelbaren Verwirklichung der Bodenreform werden bis zum 15. September 1945 folgende besondere Organe geschaffen:

a) In den Gemeinden:

Gemeindekommissionen zur Durchführung der Bodenreform, bestehend aus fünf bis sieben Personen, die in allgemeinen Versammlungen der Landarbeiter, landlosen Bauern und Bauern, die weniger als 5 Hektar Boden besitzen, und der ansässigen Umsiedler gewählt werden. Die Kommission wählt aus ihren Reihen einen Vorsitzenden. Die Zusammensetzung der Kommission wird von der Kreisverwaltung bestätigt.

b) In den Kreisen:

Kreiskommissionen zur Durchführung der Bodenreform, bestehend aus fünf Personen unter dem Vorsitz des Landrates oder seines ersten Stellvertreters. Die personelle Zusammensetzung der Kommission wird nach Eingabe der Kreisverwaltung von der Bezirksverwaltung bestätigt.

c) In den Bezirken:

Bezirkskommissionen zur Durchführung der Bodenreform, bestehend aus fünf Personen unter dem Vorsitz des Bezirkspräsidenten oder seines ersten Stellvertreters. Die personelle Zusammensetzung wird nach Eingabe der Bezirksverwaltung von der Provinzialverwaltung bestätigt.

Anmerkung: In den in Punkt a, b und c angeführten Kommissionen werden frühere Mitglieder der Nazipartei nicht zugelassen.

3. Von der Verwaltung der Provinz Sachsen wird eine Provinzialkommission zur Durchführung der Bodenreform gebildet, die

aus den nachstehend genannten sieben Personen unter dem Vorsitz des Ersten Vizepräsidenten der Provinzialverwaltung besteht:

Erster Vizepräsident Siewert, Halle; Vizepräsident Thape, Magdeburg; Vizepräsident Lohmann, Dessau; Hörnicke, Dessau; Kleinbauer Biering, Merseburg; Landarbeiter Otto, Saalkreis; der Präsident oder stellvertretende Präsident der Landwirtschaftskammer.

4. Die Vorbereitung der Bodenreform und ihre praktische Verwirklichung müssen in der Zeit vom September bis einschließlich Oktober 1945 durchgeführt werden, während gleichzeitig die Bergung der Ernte und die Herbstbestellung völlig gesichert werden müssen.

5. Die Gemeinde- und Kreiskommissionen zur Durchführung der Bodenreform machen bis zum 25. September 1945 eine Bestandsaufnahme desjenigen Grundbesitzes und landwirtschaftlichen Eigentums, das der Übergabe an den Bodenfonds gemäß Artikel II dieser Verordnung unterliegt.

6. Die Gemeindekommission zur Durchführung der Bodenreform fertigt bis zum 25. September genaue Listen der in ihrem Gebiet befindlichen Wirtschaften unter 5 Hektar an, in denen die Anzahl der in jeder Wirtschaft tätigen Familienmitglieder sowie das in ihr vorhandene lebende und tote Inventar vermerkt wird.

Im selben Zeitraum stellen die Gemeinde- und Kreiskommissionen zur Durchführung der Bodenreform Listen der auf diesen Wirtschaften wohnenden Landarbeiter, Kleinpächter, landlosen Bauern sowie der Flüchtlinge und Umsiedler auf.

7. Die Provinzialverwaltung beziehungsweise Kreisverwaltungen teilen den Gemeinden bis zum 1. Oktober 1945 mit, welcher Grund und Boden laut Artikel II, Ziffer 5, dieses Gesetzes nicht der Aufteilung unterliegt.

8. Die Aufteilung des Bodens ist in Versammlungen der landarmen und landlosen Bauern des betreffenden Ortes zu beschließen, auf Vorschlag der unter Artikel IV, Ziffer 2 a, angeführten Gemeindekommissionen zur Durchführung der Bodenreform. Der Beschluß der Bauern über die Aufteilung des Bodens erhält Ge-

setzeskraft nach der Bestätigung dieses Beschlusses durch die Kreis-
kommissionen zur Durchführung der Bodenreform.

9. Die Fläche der neu zu bildenden Wirtschaften sowie die Fläche des hinzugefügten Bodens für die landarmen Wirtschaften wird bestimmt je nach der sich im Bezirk befindlichen Bodenmenge und des Kontingents der Personen, die Land erhalten sollen. Der durch die Bodenreform zugeteilte Boden darf 5 Hektar nicht überschreiten. Bei schlechter Bodenqualität kann diese Höchstgrenze auf 8 Hektar erhöht werden, bei sehr schlechter Bodenqualität in Ausnahmefällen bis auf 10 Hektar. Jede Erhöhung der Höchstgrenze von 5 Hektar muß von der Kreiskommission zur Durchführung der Bodenreform bestätigt werden. Bei der Zuteilung von Boden erhalten die kinderreichen Familien bei sonst gleichen Bedingungen das Vorrecht.

10. 80 000 Hektar der Wälder der Großgrundbesitzer in der Provinz Sachsen, die laut Artikel II dieser Verordnung zum Bodenfonds gehören, unterliegen ebenfalls der Aufteilung, und zwar 55 000 Hektar an die Bauern und 25 000 Hektar an die Gemeinden. Der übrige Teil dieser Wälder untersteht der Provinzverwaltung und ist nicht aufzuteilen.

Anmerkung: Die Provinzialkommission zur Durchführung der Bodenreform in der Provinz Sachsen erläßt zu diesen Maßnahmen Ausführungsbestimmungen.

11. Teiche und kleine Wasserreservoirs können den Gemeinde- und Stadtverwaltungen von der Kreisverwaltung zur Benutzung übergeben werden.

12. Traktoren, Dreschmaschinen, Mähdrescher und andere landwirtschaftliche Maschinen aus Wirtschaften, die nach Artikel II dieser Verordnung beschlagnahmt werden, gehen zur Organisierung von „Ausleihstellen landwirtschaftlicher Maschinen“ an die „Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe“ über. Die Ausleihstellen haben zuerst die Wirtschaften zu bedienen, die durch die Bodenreform Boden erhalten haben. Einfaches landwirtschaftliches Gerät und Arbeitsvieh kann zum Teil zur individuellen Benutzung den bedürftigsten Bauernwirtschaften übergeben werden.

13. Kleinbetriebe zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte auf den enteigneten Gütern (Branntweinbrennereien, Stärkeverarbeitungsbetriebe, Molkereien, Mühlen, Graupenmühlen usw.) gehen zur Benutzung an die „Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe“ oder an die Kreisverwaltungen, große Betriebe gehen an die Provinz über.

14. Bei der Durchführung der Bodenreform wird ein Teil des Bodens zur Organisierung von Mustergütern und anderen wichtigen Zwecken bereitgestellt. Die Benennung dieser Grundstücke erfolgt durch die Provinzialverwaltung.

Artikel V

1. Wirtschaften, die durch die Bodenreform Land zugeteilt erhielten, haben für den Boden eine Summe zu entrichten, die dem Wert einer Jahresrente entspricht, das heißt 1000 bis 1500 Kilogramm Roggen pro Hektar, je nach der Bodenqualität und gemäß den Ablieferungspreisen vom Herbst 1945.

Der Preis für zugeteilte Waldstücke wird entsprechend den örtlichen Nutzungsbedingungen von der Kreiskommission zur Durchführung der Bodenreform festgesetzt und soll pro Hektar nicht weniger als die Hälfte des Preises für den übrigen zugeteilten Boden betragen. Die Ausführungsbestimmungen hierzu erläßt die Provinzialkommission zur Durchführung der Bodenreform in der Provinz Sachsen.

Die Bezahlung in Geld oder Natura geschieht folgendermaßen: Der erste Beitrag in einer Summe von 10 Prozent des Gesamtpreises ist bis Ende 1945 zu entrichten, die übrige Summe wird in gleichmäßigen Geld- oder Naturalbeiträgen entrichtet; für die landarmen Bauern im Laufe von 10 Jahren, für landlose Bauern und Umsiedler im Laufe von 20 Jahren.

Den bisherigen landlosen Bauern, Kleinpächtern, Landarbeitern und Umsiedlern kann von der Kreiskommission für die Bodenreform eine Stundung des ersten Beitrages bis zu drei Jahren gewährt werden.

Artikel VI

1. Die auf Grund dieser Verordnung geschaffenen Wirtschaften können weder ganz noch teilweise geteilt, verkauft, verpachtet oder verpfändet werden. In Ausnahmefällen kann die Aufteilung oder Verpachtung der Wirtschaft nur auf Beschluß der Provinzialverwaltung geschehen.

2. Die Wirtschaften erhalten den Boden schuldenfrei. Die Abgabeverpflichtung für das Jahr 1945 wird von den Personen geleistet, die von dem betreffenden Boden die Ernte einbringen.

Artikel VII

1. Technische Fragen, die im Zusammenhang mit der Durchführung der Bodenreform stehen, und die juristische Gestaltung der notwendigen Dokumente werden in den Ausführungsbestimmungen bekanntgegeben.

2. Diese Verordnung hat Gesetzeskraft und tritt am Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Halle (Saale), den 5. September 1945

Der Präsident
Dr. Hübener

Der Erste Vizepräsident
Siewert

Die Vizepräsidenten
Thape, Professor Hülse, Lohmann

STATISTISCHE ANGABEN ÜBER DIE BODENREFORM

Folgende statistische Angaben vermitteln ein Bild vom Verlauf, Ergebnis und Charakter der Bodenreform:

I. Entwicklung des Bodenfonds

1. 2. 1946:	2 621 512 Hektar
1. 1. 1947:	5 009 832 Hektar
1. 1. 1948:	5 147 015 Hektar
1. 1. 1949:	5 225 564 Hektar
1. 1. 1950:	5 298 082 Hektar

II. Zusammensetzung des Bodenfonds (Stand 1. 1. 1950) nach der Herkunft der Objekte:

Objekte	Fläche	
	Hektar	Prozent
7 160 Privatbesitz über 100 Hektar (Junker und sonstige Großgrundbesitzer)	2 517 557	76,5
4 557 Privatbesitz unter 100 Hektar (Nazis und Kriegsverbrecher)	151 742	4,0
1 288 Staatsbesitz	337 507	10,2
169 Siedlungsgesellschaften und Naziinstitutionen	22 764	0,7
584 Staatswälder und Forsten	200 247	6,1
551 Sonstiger Grundbesitz	88 465	2,7
14 089 Gesamtbodenfonds	5 298 082	100,0

III. Verteilung des Bodenfonds auf die Länder der sowjetischen Besatzungszone bzw. Deutschen Demokratischen Republik

Länder	Zahl der Objekte	Prozent	Durchschn. Größe in Hektar	Fläche	
				Hektar	Prozent
Mecklenburg	4 007	28,5	268	1 075 578	52,6
Brandenburg	3 355	23,8	282	947 829	28,7
Sachsen-Anhalt	3 146	22,3	229	719 777	21,8
Sachsen	2 006	14,2	174	348 808	10,6
Thüringen	1 575	11,2	152	208 090	6,5
Zusammen DDR	14 089	100,0	234	5 298 082	100,0

IV. Der Bodenfonds betrug in Prozenten der

	Gesamtfläche	Landw. Nutzfläche
in Mecklenburg	46	54
in Brandenburg	35	41
in Sachsen-Anhalt	29	55
in Sachsen	20	24
in Thüringen	14	15
in der DDR insgesamt	51	55

V. Entwicklung der Verteilung des Bodenfonds an Landarbeiter, Kleinbauern und Umsiedler

Stichtag	Anzahl der Landabnehmer	verteilte Fläche Hektar
1. 2. 1946	521 956	1 490 699
1. 7. 1947	472 622	2 017 140
1. 1. 1948	514 757	2 106 958
1. 1. 1949	544 079	2 167 602
1. 1. 1950	559 089	2 189 999

VI. Nach dem Stand vom 1. 1. 1950 erhielten

	Hektar	Durchschn. Größe Hektar
119 121 landlose Bauern und Landarbeiter	952 487	7,8
82 485 landarme Bauern	274 848	5,3
91 155 Umsiedler	765 596	8,4
45 251 Kleinpächter	41 661	1,0
183 261 nichtlandw. Arbeiter, Handwerker usw.	114 665	0,6
39 858 Altbauern-Waldzulage	62 742	1,0
559 089 Bodenempfänger insgesamt	2 189 999	5,9

VII. Mitglieder der Bodenreformkommissionen

	KPD	SPD	Bürgerl. Parteien	Partei-lose	Insgesamt Mitglieder	Landwirt-schaftl. Arbeiter	Klein-pächter	Um-siedler	Sonstige
Sachsen	2562	1667	200	5754	10 185	2369	5259	705	1852
Sachsen-Anhalt	3445	2579	249	5255	11 508	4879	4012	959	1678
Thüringen	1705	1373	309	6095	9 480	2350	4499	549	2102
Brandenburg	2111	1185	87	6466	9 847	3712	3487	1458	1190
Mecklenburg	2652	2562	129	6131	11 274	6410	1299	2705	862

VIII. Entwicklung der landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse
von 1939 bis 1951

Land- und forstwirtschaftliche Betriebe in den Größenklassen
nach der landwirtschaftlichen Nutzfläche (in 1000)

Größenklassen	Zahl der Betriebe	Prozent	Betriebsfläche		landw. Nutzfl.		Ackerfläche	
			Hektar	Prozent	Hektar	Prozent	Hektar	Prozent
<i>1. Betriebszählung 1939</i>								
0,5- 1 ha	118,5	20,7	157,5	1,5	82,1	1,3	56,3	1,1
1 - 5 ha	202,1	35,3	787,8	8,8	495,8	7,8	355,7	6,8
5 - 10 ha	94,1	16,4	958,7	10,5	679,1	10,6	508,9	10,2
10 - 20 ha	95,5	16,6	1752,4	19,5	1552,0	21,1	1055,5	21,2
20 - 50 ha	48,7	8,5	1861,2	20,8	1436,6	22,5	1120,9	22,5
50 -100 ha	8,1	1,4	824,4	9,2	558,1	8,4	426,2	8,6
100 ha und darüber	6,5	1,1	2658,6	29,7	1812,3	28,3	1468,4	29,6
Zusammen	572,9	100,0	8960,4	100,0	6396,0	100,0	4971,9	100,0
<i>2. Betriebszählung 1946</i>								
0,5- 1 ha	157,4	18,4	156,9	1,9	95,2	1,6	67,0	1,4
1 - 5 ha	194,6	26,1	820,4	9,8	491,9	8,1	337,3	7,2
5 - 10 ha	235,5	31,6	2095,9	25,1	1677,5	27,6	1360,5	29,0
10 - 20 ha	118,4	15,9	1993,5	23,9	1564,5	25,8	1222,4	26,0
20 - 50 ha	50,9	6,8	1853,9	22,2	1460,5	24,0	1118,3	25,8
50 -100 ha	7,6	1,0	677,5	8,1	469,2	7,7	361,5	7,7
100 ha und darüber	1,2	0,2	749,0	9,0	312,7	5,2	230,5	4,9
Zusammen	745,4	100,0	8347,1	100,0	6071,5	100,0	4697,5	100,0
<i>3. Bodenbenutzungserhebung 1951</i>								
0,5- 1 ha	171,8	21,8	256,2	3,0	126,0	2,0	85,4	1,7
1 - 5 ha	197,5	25,1	1062,0	12,4	543,5	8,8	362,1	7,5
5 - 10 ha	250,3	31,7	2513,9	29,5	1949,3	31,4	1580,0	32,6
10 - 20 ha	120,1	15,2	2205,6	25,8	1697,4	27,4	1533,5	27,5
20 - 50 ha	43,4	5,5	1676,5	19,6	1524,4	21,4	1040,1	21,5
50 -100 ha	4,5	0,6	398,8	4,7	283,7	4,6	228,7	4,7
100 ha und darüber	0,9	0,1	423,9	5,0	275,1	4,4	219,7	4,5
Zusammen	788,5	100,0	8536,9	100,0	6199,4	100,0	4847,5	100,0

BEFEHL NR. 17

DES OBERSTEN CHEFS DER SOWJETISCHEN
MILITÄRVERWALTUNG UND OBERBEFEHLSHABERS
DER SOWJETISCHEN BESATZUNGSTRUPPEN
IN DEUTSCHLAND

Berlin, 27. Juli 1945

Zwecks Entwicklung der Wirtschaft und Wiederherstellung des Verkehrs- und Nachrichtenwesens, der Gesundheitsfürsorge und Volkserziehung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands befehle ich:

1. Folgende deutschen Zentralverwaltungen sind in der sowjetischen Besatzungszone zum 10. 8. 1945 zu bilden:

des Verkehrswesens – zur Leitung und Verwaltung der Eisenbahndirektionen und der Wasserwege;

des Nachrichtenwesens – zur Leitung des Post-, Telegraf- und Telefonverkehrs;

der Brennstoffindustrie – zur Leitung sämtlicher Betriebe der Kohlenindustrie, der Kohlengruben, des Tagebaus, der Brikettfabriken, der Werke für flüssigen Brennstoff und Gas. Ferner hat diese Verwaltung den innerdeutschen Absatz der Produktion dieser Betriebe zur Aufgabe;

des Handels und der Versorgung – zur Leitung und Organisation der Handels- und Beschaffungsfirmen, Ämter und Betriebe, zur Sicherstellung der Beschaffung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, zu deren Verarbeitung und Aufbewahrung, zur Bewirtschaftung der Lebensmittel und Industriewaren und Versorgung der Bevölkerung damit sowie zur Entwicklung des Handels;

der Industrie – zur Leitung der Wiederherstellung und Inbetriebnahme sämtlicher Industriebetriebe;

der Landwirtschaft – zur Leitung und Verwaltung der Land- und Forstwirtschaft sowie der Betriebe der landwirtschaftlichen Industrie;

der Finanzen – zur Leitung sämtlicher Bank- und Kreditunternehmen;

der Arbeit und Sozialfürsorge – zur Regulierung der Löhne, Einsetzung der Arbeitskräfte, auch der Ingenieure und Techniker, zur Leitung der Gewerkschaften und der Ämter für Sozialfürsorge;

des Gesundheitswesens – zur Leitung der Ämter für Gesundheitsfürsorge, der medizinischen Institutionen und Lehranstalten sowie der Betriebe der medizinischen Industrie;

der Volksbildung – zur Leitung der Schulen, der Kinderheime und Kindergärten, der Lehranstalten sowie der anderen Bildungseinrichtungen;

der Justiz – zur Leitung sämtlicher Staatsanwaltschaften, Gerichte und Justizorgane.

2. Als Präsidenten der Zentralverwaltungen sind einzusetzen:

Nachrichtenwesen	– Ernst Köhler,
Industrie	– Skrzypczynski,
Landwirtschaft	– Edwin Hoernle,
Finanzen	– Jürgen Kuczynski,
Arbeit und Sozialfürsorge	– Wilhelm Koenen,
Volksbildung	– Paul Wandel,
Justiz	– Eugen Schiffer,
Verkehrswesen	– Dr. Fitzner,
Handel und Versorgung	– Dr. Buschmann.

3. Die Präsidenten sind mit der Organisation der Zentralverwaltungen zu beauftragen. Der Leiter jeder Zentralverwaltung hat seinen Etat auszuarbeiten und ihn bis zum 1. 8. 45 dem Stab der Sowjetischen Militärverwaltung vorzulegen.

4. Der Kommandant der sowjetischen Zone der Stadt Berlin hat die Unterbringung der Zentralverwaltungen in der sowjetischen Zone zu gewährleisten. Es können folgende Verwaltungen gemeinsam untergebracht werden:

Verwaltung des Verkehrswesens mit der Verwaltung der
Brennstoffindustrie,
Verwaltung der Landwirtschaft mit der Verwaltung für
Handel und Versorgung,
Verwaltung der Industrie mit der Verwaltung für Arbeit
und Sozialfürsorge,
Verwaltung für Gesundheitswesen mit der Verwaltung für
Volksbildung.

Der Plan für die Unterbringung der Zentralverwaltungen ist bis
zum 30. 7. 45 einzureichen.

5. Die Präsidenten der Zentralverwaltungen für Verkehrswesen,
Nachrichtenwesen, Brennstoff, Handel und Versorgung, Industrie,
Landwirtschaft, Finanzen, Arbeit, Gesundheitswesen, Volks-
bildung und Justiz bei der Sowjetischen Militärverwaltung in
Deutschland haben die Bildung der Zentralverwaltungen zum fest-
gesetzten Termin sowie die Organisation der Kontrolle über deren
Arbeit zu sichern.

6. Dem Chef des Stabes der Sowjetischen Militärverwaltung ist
am 10. 8. 45 über die Ausführung dieses Befehls zu berichten.

i. A. Oberster Chef der Sowjetischen Militärverwaltung
Oberbefehlshaber der sowjetischen Besatzungstruppen
in Deutschland

Marschall der Sowjetunion *G. Shukow*

i. A. Mitglied des Kriegsrates
der Sowjetischen Militär-
verwaltung in Deutschland
Generalleutnant *Bokow*

i. A. Chef des Stabes der
Sowjetischen Militärverwaltung
in Deutschland
Generaloberst *Kurasow*

AUFRUF ZUR DEMOKRATISCHEN SCHULREFORM

An alle Eltern, Lehrer und Hochschullehrer!

Nach unendlichen Leiden stehen wir am Ende der nazistischen Schreckensherrschaft. Mit einer Unmenschlichkeit, zu der es kaum ein Gegenstück in der Geschichte gibt, hat sie die moralischen und physischen Kräfte unserer Jugend vernichtet und ihre Bildung untergraben. Ihrem Ausbildungsgang durch eine geistlose Zwangsorganisation entrissen, wurde sie an der Schwelle des reiferen Alters in einem verbrecherischen Kriege hingeopfert, ehe sie noch den Sinn ihres Lebens erfüllen konnte.

Die Nazierrschaft hatte das gesamte deutsche Schulwesen vom Kinderhort bis zur Universität in den Dienst des faschistischen Partei- und Rassenhasses, der geistigen und körperlichen Kriegsvorbereitungen, der chauvinistischen Verhetzung und des militärischen Drills gestellt.

War es von jeher schon das Erzübel der deutschen Schule, Untertanen statt selbständig denkende Menschen zu erziehen, so erniedrigte die Nazierrschaft die Schule völlig zur Drillanstalt für ihren Raubkrieg. Das Ende war, daß sogar unsere Kinder an Kanonen gestellt wurden.

Zahlreiche Schulgebäude sind Ruinen, Sammlungen sind zerstört, Büchereien verwüstet. Die Lehrerbildung wurde tief unter ihr bisheriges Niveau gesenkt, und die Lehrer verloren ihre Rolle und Würde als Erzieher einer wahrheits- und friedensliebenden arbeitsamen Jugend; ihre Tätigkeit wurde auf die volksfeindlichen Interessen der Nazipartei ausgerichtet.

Die Beseitigung aller dieser äußeren und inneren Schäden, die Ausrottung des Nazismus und Militarismus mit ihren reaktionären Wurzeln, die Sicherung eines dauerhaften Friedens und die demokratische Erneuerung Deutschlands ist undenkbar ohne eine grundlegende Reform der deutschen Schule, ohne eine allseitige Demokratisierung des gesamten Schulwesens.

Die Kommunistische und die Sozialdemokratische Partei halten es daher im Interesse unserer Jugend und unseres ganzen Volkes für ihre Pflicht, der Öffentlichkeit ihre *gemeinsamen Grundsätze für die demokratische Erneuerung der deutschen Schule*

darzulegen. Alle Antifaschisten und wahrhaft demokratischen Kräfte Deutschlands werden ohne Zweifel mit uns für folgende Grundforderungen einer deutschen Schulreform eintreten:

1. Die heranwachsende Generation des deutschen Volkes, be-rufen, die demokratische Erneuerung Deutschlands zu festigen und zu Ende zu führen, muß frei von nazistischen und militaristischen Gedanken, in einem neuen Geiste,

im Geiste einer kämpferischen Demokratie,

der Freundschaft unter den friedliebenden Völkern, zum selbstän-digen, aufrechten, freiheitlichen und fortschrittlichen Denken und Handeln erzogen werden.

2. Die Demokratisierung des Schulwesens erfordert eine *Säuberung des gesamten Lehr- und Verwaltungspersonals* von allen nazistischen und militaristischen Elementen und die Be-setzung der Schularats- und Leiterstellen mit bewährten Anti-faschisten.

3. Alle Bildungsprivilegien einzelner Schichten müssen fallen. Das Ziel der demokratischen Schulreform ist die

Schaffung eines einheitlichen Schulsystems,

in dem die geistigen, moralischen und physischen Fähigkeiten der Jugend allseitig entwickelt, ihr eine hohe Bildung vermittelt und allen Befähigten ohne Rücksicht auf Herkunft, Stellung und Ver-mögen der Eltern der Weg zu den höchsten Bildungsstätten des Landes frei gemacht wird.

4. Die deutsche Schule muß die

demokratische Einheit der Nation

fördern und festigen. Sie darf nicht mehr durch Glaubensbekenntnisse und Weltanschauungen zerrissen werden. Darum fordern wir bei voller Anerkennung der Glaubens- und Gewissensfreiheit die klare Trennung von Kirche und Schule. Die religiöse Erziehung der Kinder ist nicht Sache der Schule, sondern Angelegenheit des Elternhauses und der Glaubensgemeinschaften.

5. Der Unterricht ist Aufgabe des

öffentlichen Schulwesens.

Darum kann irgendwelchen Gemeinschaften oder Privatpersonen die Einrichtung von Privatschulen, die den Stoff der allgemeinbildenden Schulen (Volks-, Mittel-, höheren Schulen) vermitteln, nicht zugestanden werden.

6. Die entscheidende Voraussetzung und die wichtigste Garantie für eine wirkliche Demokratisierung der Schule ist

ein demokratischer Lehrkörper,

ist ein neuer Typ des demokratischen, verantwortungsbewußten und fähigen Lehrers. Die Erzieher unserer Jugend werden ihre großen, die Zukunft unseres Volkes bestimmenden Aufgaben nur erfüllen, wenn sie gewillt und befähigt sind, die heranwachsende junge Generation zu bewußten Trägern des Wiederaufbaus und der Schaffung eines neuen, friedlichen, demokratischen Deutschlands heranzubilden. Die demokratische Erneuerung des deutschen Schulwesens ist nicht denkbar ohne eine gründliche Reform auch der Lehrerausbildung. Der augenblickliche Mangel an zuverlässigen Lehrkräften für eine wirklich demokratische, dem Frieden und dem Wohle unseres Volkes dienende Erziehung macht es notwendig, Zehntausenden antifaschistisch-demokratischen Kämpfern den Weg zum Lehrerberuf zu erschließen und damit den bestehenden Lehrkörper von Grund aus umzugestalten.

7. Die Demokratisierung der Schule verlangt aber auch eine

grundsätzliche Umstellung der Lehrpläne

und die Schaffung neuer Lehrbücher. Die für die Übergangszeit erforderliche Übernahme von Lehrbüchern aus der Zeit von vor

1953 soll erst nach sorgfältiger Sichtung erfolgen, da auch in diesen Büchern vielfach Gedankengut enthalten ist, das dem Ziel, Faschismus und Militarismus auszurotten, nicht entspricht.

8. Die geistige Erneuerung unseres Volkes würde auf halbem Wege stehenbleiben, würde sie nicht auch eine gründliche

Reform des gesamten Hochschul- und Universitätswesens umfassen. Der neue Geist eines wahrhaft fortschrittlichen Humanismus und kämpferischer Demokratie muß in den Hochschulen Einzug halten. Das erfordert die Rückberufung aller von der Hitlerregierung vertriebenen Dozenten und Professoren, die Zulassung solcher neuen befähigten Kräfte zur Lehrertätigkeit, die durch wissenschaftliche Leistungen und als aufrechte Kämpfer gegen Hitler ihre Berufung bewiesen haben, Lehrer der studierenden Jugend zu sein. Auf dem Wege weitgehender Hilfe mittels Förderkursen und Sonderregelungen in den Hochschulen muß allen Befähigten, die durch den Hitlerfaschismus und durch reaktionäre Bildungsprivilegien bisher vom Studium ferngehalten wurden, auch unter Aufhebung herkömmlicher Aufnahmebedingungen der Weg in die Hochschulen und Universitäten erschlossen werden.

Antifaschistische Eltern und Erzieher!

Verantwortungsbewußte Männer und Frauen!

Deutsche Jugend!

Ein schwerer und harter Winter steht vor der Tür. Über diese grundlegenden Forderungen einer demokratischen Erneuerung unseres Schulwesens darf daher nicht eine Minute vergessen werden, daß die Schulgebäude zerstört, die faschistischen Lehrbücher unbrauchbar und die Lernmittel zum großen Teil vernichtet sind. Jetzt gilt es, das Dringendste zu tun: unseren Kindern für den Winter Schulräume zu sichern und ihre moralische, physische und geistige Erhaltung und Entwicklung zu gewährleisten. Vieles kann und muß noch getan werden, um

Schulgebäude, Lehrbücher und Lernmittel für den Winter zu schaffen. Gemeinsam mit den Lehrern und auch den Schülern ans Werk, um diese vordringlichen Aufgaben zu lösen!

Trotz aller Schwierigkeiten, trotz aller geistigen und materiellen Trümmer muß in diesem Winter ein geordneter Schulunterricht gesichert und müssen die ersten Grundsteine zu dem großen Gebäude der demokratischen Erneuerung des deutschen Schulwesens gelegt werden.

Die deutsche Schule muß eine Bildungsstätte des gesamten Volkes werden, die jedem Begabten Fortschritt und Aufstieg gewährleistet und dazu hilft, daß die Welt die Deutschen wieder als Kulturvolk achtet.

Berlin, 18. Oktober 1945

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands
Wilhelm Pieck

Zentralausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Otto Grotewohl

BEFEHL NR. 124
DES OBERSTEN CHEFS
DER SOWJETISCHEN MILITÄRVERWALTUNG
UND OBERBEFEHLSHABERS DER GRUPPE
DER SOWJETISCHEN BESATZUNGSTRUPPEN
IN DEUTSCHLAND

Berlin, 30. Oktober 1945

*Über die Beschlagnahme und provisorische Übernahme
einiger Eigentumskategorien in Deutschland*

Um den Raub und anderen Mißbrauch des Eigentums, das früher dem Hitlerstaat, den Militärbehörden, den durch das Sowjetische Militärkommando verbotenen und aufgelösten Gesellschaften, Klubs und Vereinigungen gehört hat, zu verhindern und dieses Eigentum am rationellsten für die Bedürfnisse der örtlichen Bevölkerung und der Besatzungstruppen auszunutzen,

befehle ich:

1. Das Eigentum, das sich auf dem von den Truppen der Roten Armee besetzten Territorium Deutschlands befindet und

a) dem deutschen Staat und seinen zentralen und örtlichen Behörden;

b) den Amtsleitern der Nationalsozialistischen Partei, deren führenden Mitgliedern und einflußreichen Anhängern;

c) den deutschen Militärbehörden und Organisationen;

d) den von dem Sowjetischen Militärkommando verbotenen und aufgelösten Gesellschaften, Klubs und Vereinigungen;

e) den Regierungen und Staatsangehörigen (physische und juristische Personen) der auf seiten Deutschlands am Krieg beteiligten Länder;

f) Personen, die von dem Sowjetischen Militärkommando durch besondere Listen oder auf eine andere Weise bezeichnet werden, gehört, als beschlagnahmt zu erklären.

2. Das herrenlose Gut, das sich auf dem von den Truppen der Roten Armee besetzten Territorium Deutschlands befindet, in provisorische Verwaltung der Sowjetischen Militärverwaltung zu nehmen.

3. Sämtliche deutschen Ämter, Organisationen, Firmen, Unternehmen und sämtliche Privatpersonen, in deren Nutzung sich gegenwärtig das in den Punkten 1 und 2 dieses Befehls aufgezählte Eigentum befindet oder die von einem solchen Eigentum Kenntnis haben, sind verpflichtet, nicht später als binnen 15 Tagen vom Tage der Veröffentlichung dieses Befehls an eine schriftliche Erklärung über dieses Eigentum an die örtlichen Selbstverwaltungsorgane (Stadt-, Bezirks-, Kreisverwaltung) einzureichen.

In der Erklärung ist genau anzugeben: Art des Eigentums, sein genauer Standort, Besitzverhältnis und sein Zustand am Tage der Erklärungsabgabe.

4. Die örtlichen Selbstverwaltungsorgane sind verpflichtet, die Richtigkeit der eingereichten Erklärungen über das in den Punkten 1 und 2 dieses Befehls bezeichnete Eigentum nachzuprüfen und die notwendigen Maßnahmen zur Erfassung und Sicherstellung sämtlichen Eigentums, das sich im betreffenden Bezirk oder Ort befindet und der Beschlagnahme oder der provisorischen Verwaltung unterliegt, zu ergreifen.

Die örtlichen Selbstverwaltungsorgane setzen auf Grund der eingereichten Erklärungen und des Materials über das unmittelbar aufgenommene Eigentum eine Gesamtliste des Eigentums auf, das der Beschlagnahme oder der provisorischen Verwaltung unterliegt, und reichen diese Liste nicht später als am 20. November 1945 dem entsprechenden Militärkommandanten ein.

5. Die Militärkommandanten haben eine Kontrolle über die Arbeit der örtlichen Organe bei der Aufnahme und dem Sammeln der Mitteilungen über das in den Punkten 1 und 2 dieses Befehls aufgezählte Eigentum auszuüben und nach Prüfung der von den

Selbstverwaltungsorganen eingereichten Listen diese an die Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung der entsprechenden Provinzen oder Länder nicht später als am 25. November 1945 weiterzuleiten.

6. Die Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung der Provinzen und Länder haben die Vollständigkeit und Richtigkeit der Mitteilungen über die Aufnahme des der Beschlagnahme oder der provisorischen Verwaltung unterliegenden Eigentums in den Provinzen und Ländern nachzuprüfen und die von den Militärkommandanten erhaltenen Listen mit ihren eigenen Vorschlägen über eine weitere Ausnutzung dieses Eigentums an den Chef des Wirtschaftsamt der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland nicht später als am 10. Dezember 1945 zu richten.

7. Der Chef des Wirtschaftsamt der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Generalmajor Schabalin, hat nicht später als am 25. Dezember 1945 die Vorschläge über die weitere Ausnutzung des als beschlagnahmt oder unter provisorischer Verwaltung stehend erklärten Eigentums zu unterbreiten.

8. Ich mache alle Ämter, Organisationen, Firmen und Unternehmen sowie alle Privatpersonen, in deren Nutzung sich das in den Punkten 1 und 2 aufgezählte Eigentum befindet, darauf aufmerksam, daß sie die volle Verantwortung für dessen Erhaltung und die Sicherung einer reibungslosen Ausnutzung dieses Eigentums, entsprechend seiner wirtschaftlichen Bestimmung, tragen.

Sämtliche Abmachungen über dieses Eigentum, ohne die Einwilligung der Sowjetischen Militärverwaltung getroffen, werden als ungültig erklärt.

9. Die Präsidenten der Provinzen und Länder sind verpflichtet, eine Erfassung (Registrierung) sämtlicher herrenloser Handels-, Industrie- und landwirtschaftlichen Unternehmen, die nicht unter Punkt 1 und 2 dieses Befehls fallen, durchzuführen und die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung und Erhaltung dieser Unternehmen und zur Organisierung einer provisorischen Verwaltung für diese zu ergreifen.

Mitteilungen über die wie oben erfaßten Unternehmen richten

die Präsidenten der Provinzen und Länder nicht später als am 1. Dezember 1945 an die Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung entsprechender Provinzen oder Länder.

10. Die anliegende Instruktion über die Beschlagnahme und provisorische Verwaltung einiger Eigentumskategorien in Deutschland wird hiermit bestätigt.

Oberster Chef der Sowjetischen Militärverwaltung
Oberbefehlshaber der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen
in Deutschland

Marschall der Sowjetunion *G. Shukow*

GEMEINSAME KONFERENZ
DES ZENTRALAUSSCHUSSES DER SPD
UND DES ZENTRALKOMITEES DER KPD
MIT DEN VERTRETERN DER BEZIRKE

20.—21. Dezember 1945

ENTSCHLIESSUNG

In Berücksichtigung der gegenwärtigen Lage des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterklasse, getragen von dem festen Willen, den Neuaufbau Deutschlands im Geiste der Demokratie und des Friedens konsequent durchzuführen, eine möglichst baldige Verbesserung der Lebenslage der breiten Massen zu erreichen und neue Angriffe der Reaktion entschieden zurückzuschlagen, wird von der gemeinsamen Konferenz des Zentralausschusses der SPD und des Zentralkomitees der KPD mit den Vertretern der Bezirke am 20. und 21. Dezember 1945 in Berlin folgende gemeinsame EntschlieÙung gefaÙt:

I

Es wird lebhaft begrüÙt, daÙ die Wiedergeburt der politischen Freiheit in Deutschland nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes nicht unter dem verhängnisvollen Zeichen einer neuen Spaltung des schaffenden Volkes stand, sondern im hoffnungsfreudigen Zeichen der Zusammenarbeit zwischen den beiden Arbeiterparteien und der Einheitsfront der vier antifaschistisch-demokratischen Parteien. Die während des ersten Weltkrieges offen zutage getretene Spaltung ist in den seither vergangenen drei Jahrzehnten zum größten Verhängnis für die Arbeiterbewegung geworden. Die Spaltung im antifaschistischen Lager hat den Machtantritt des Faschismus ermöglicht. Getrennt wurden die verschie-

denen Flügel der Arbeiterbewegung geschlagen, und gespalten ging sie in die Illegalität. Alle Opfer des Hitlerterrors und alle Leiden und Schrecken des Hitlerkrieges wären umsonst gewesen, wenn nicht die

Lehren aus der Vergangenheit

gezogen und die Aktionseinheit aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte hergestellt worden wäre. Eine Fortdauer der Spaltung hätte unvermeidlich zur Folge gehabt, daß sich die positiven Kräfte des schaffenden Volkes in gegenseitigem Hader erschöpften, statt auf die rasche Überwindung der Not, des Hungers und des Chaos gerichtet zu sein. Dann würde es keine Sicherung des Friedens, keine demokratische Erneuerung Deutschlands, keine Festigung der Volksrechte und Freiheiten geben. Die reaktionären Mächte würden von neuem triumphieren. Grau wäre die Gegenwart, und die Zukunft Deutschlands würde in einem tiefen Dunkel liegen.

Die gemeinsame Konferenz beider Parteien spricht daher dem Zentralkomitee der KPD und dem Zentralausschuß der SPD ihre Billigung und Anerkennung aus, daß sie sofort nach der Genehmigung zur Bildung der Gewerkschaften und antifaschistisch-demokratischer Parteien durch den Befehl Marschall *Shukows* vom 16. Juni 1945 den

neuen Weg der Einheit

beschritten haben.

Die Bildung des Arbeitsausschusses der SPD und KPD und des Einheitsfrontausschusses der vier antifaschistisch-demokratischen Parteien sowie die im Rahmen der Aktionseinheit gefaßten Beschlüsse und durchgeführten Maßnahmen werden ausdrücklich gebilligt.

II

Die seither gemachten Erfahrungen haben die Richtigkeit der Politik der antifaschistisch-demokratischen Aktionseinheit voll bestätigt und die Lebensfähigkeit und Stärke der Einheitsbewegung voll erwiesen.

Vor allem haben diese Erfahrungen gezeigt, daß auftauchende Meinungsverschiedenheiten im Rahmen der Einheitsfront beider

Arbeiterparteien immer einer Lösung zugeführt werden konnten, während ohne eine solche Zusammenarbeit und Verständigung die Gegensätze unvermeidlich gewachsen und immer mehr vertieft worden wären.

Nur dank der Aktionseinheit hat unser gemeinsamer Kampf trotz größter objektiver Hemmnisse und materieller Schwierigkeiten bereits in kurzer Zeit eine Reihe höchst bedeutsamer Erfolge erzielt.

Dank der Aktionseinheit ist es gelungen, den

Aufbau neuer, demokratischer Selbstverwaltungen
durchzuführen, diese zu festigen, ihre Arbeit allseitig zu entfalten und damit überhaupt die Grundlagen für die Existenz der Bevölkerung zu schaffen.

Dank der Aktionseinheit sind die neuen Verwaltungen und ihre Organe im grundlegenden von den nazistischen Elementen gereinigt. Von oben bis unten sind neue Menschen herangezogen worden. Die deutschen Selbstverwaltungsorgane in der sowjetischen Besatzungszone sind auf neuer Grundlage aufgebaut und mit einem neuen demokratischen Geist erfüllt worden. Damit aber ist ein Ergebnis von wahrhaft historischer Bedeutung erreicht; denn eine solche demokratische Erneuerung des gesamten Verwaltungsapparates stand in Deutschland seit Jahrzehnten, ja seit einem Jahrhundert ungelöst auf der Tagesordnung.

Einen nicht geringeren Erfolg stellt die volle und rasche

Durchführung der demokratischen Bodenreform
dar, die ebenfalls nur dank der Aktionseinheit möglich war. Mit der demokratischen Bodenreform und der Aufteilung des Bodens der Junker ist dem reaktionären Militarismus die Basis entzogen und eine der Hauptbastionen der Reaktion niedergelegt, eine Hauptwurzel des Faschismus und imperialistischer Eroberungspolitik ausgerottet worden. Ein jahrhundertalter Traum der deutschen Bauern ging endlich in Erfüllung, und in den ehemals rückständigsten und reaktionärsten Gebieten wurde ein neues, demokratisches Dorf geboren.

Nur dank der antifaschistischen Aktionseinheit und besonders der engen Zusammenarbeit zwischen SPD und KPD konnten auch

die ersten Quadersteine zum demokratischen Neuaufbau des deutschen Erziehungswesens gelegt werden. Die volle

Durchführung der demokratischen Schulreform

wird das reaktionäre Erbe im Erziehungswesen austilgen, die hitlerfaschistische Entartung beseitigen, den Bildungsverfall der letzten zwölf Jahre überwinden und die reaktionären Bildungsprivilegien liquidieren. Sie wird somit in der Tat die Brücke in eine neue und bessere Zukunft unseres Volkes sein.

Nicht minder sind die bereits erzielten Erfolge im Kampf gegen Not, Hunger, Kälte, Arbeitslosigkeit und Inflation nur auf das Wirken der antifaschistisch-demokratischen Aktionseinheit zurückzuführen.

Die erfolgreiche Ernteeinbringung und damit die Sicherung des Minimums der Volksernährung, die Abwendung der Gefahr einer furchtbaren Hungersnot war nur durch das

Bündnis zwischen den Werktätigen der Stadt und des Dorfes,
nur durch eine richtige gemeinsame Agrarpolitik und durch die breite Erntehilfe für die Bauern möglich.

Wo der Verkehr wieder läuft, die Schornsteine wieder rauchen, die Wohnungen wieder bewohnbar werden, wieder Gas und Strom geliefert werden und aus den Trümmern ein neues Leben entsteht, da ist es nur das Ergebnis gemeinsamer Arbeit und gemeinsamer Anstrengungen.

Am höchsten aber sind die errungenen

*demokratischen Rechte und Freiheiten
für die Arbeiter und Werktätigen*

zu bewerten. Die Arbeiter und Angestellten haben sich feste Positionen erobert und ein weitgehendes demokratisches Mitbestimmungsrecht gesichert. Nie wäre das möglich gewesen ohne die Gewerkschaftseinheit und ohne die alltägliche Zusammenarbeit zwischen den Kommunisten und Sozialdemokraten und den anderen antifaschistischen Kräften.

Wenn sich unser Volk Schritt für Schritt über Schutt und Trümmer den Weg vorwärts bahnt, wenn es wieder aufwärtsgeht, so ist das nur das Ergebnis der antifaschistischen Aktionseinheit.

Das aber verpflichtet uns, auf diesem Wege noch kühner vorwärtszuschreiten und die Fahne der Einheit noch höher zu erheben!

III

Aber der heimtückische und gefährliche Feind des Friedens und der Freiheit ist noch nicht vernichtet.

Noch ist die Gefahr nicht gebannt, daß Reaktion und Faschismus früher oder später ihr Haupt wieder erheben. Die Erfahrungen nach dem ersten Weltkrieg lehren uns, daß der Feind nach dem ersten Schreck des vollen Bankrotts seiner Politik sich zunächst in die Mauselöcher verkriecht und sich „demokratisch“ tarnt, um den vernichtenden Schlägen der erwachenden Volksmassen zu entgehen und den geeigneten Moment abzuwarten, von neuem zur Offensive gegen die demokratischen Errungenschaften der Werktätigen überzugehen. Nur die Hauptkriegsverbrecher sitzen in Nürnberg vor dem Gericht der Vereinten Nationen auf der Anklagebank. Die Zahl ihrer aktiven Mitverbrecher aber ist groß, und ihnen ist das Handwerk noch nicht gelegt. Vor allem aber darf keinen Augenblick vergessen werden, daß der Hitlerfaschismus nichts anderes war als das Werkzeug des Monopolkapitals zur Niederschlagung aller fortschrittlichen und freiheitlichen Kräfte, zur Durchführung der verbrecherischen Kriegs- und Eroberungspläne des Finanzkapitals. In der Macht der Truste, Kenzerne und Kartelle liegt die tiefste Wurzel des Faschismus und des imperialistischen Krieges. Hier steht die Hauptkraft der Reaktion, und solange diese Macht nicht gebrochen ist, solange ist die Gefahr einer reaktionären Restauration nicht gebannt, der Frieden, die neue demokratische Ordnung nicht endgültig gesichert.

Noch ist das Monopolkapital nicht vernichtet, noch hat es sogar zahlreiche Helfer und Verbündete.

Seine Helfer und Verbündete sind alle jene Günstlinge des Hitlerregimes und der Hitlerpartei, die mit dem Untergang des „Dritten Reiches“ ihre Pfründe verloren haben.

Seine Helfer und Verbündete sind alle mit der Zerschlagung

des Nazistaates ins Nichts geschleuderten asozialen Elemente aus den Reihen der faschistischen Terrororganisationen, die sich immer mehr in bloße Banditen und kriminelle Verbrecher verwandeln.

Seine Helfer und Verbündete sind aber auch die Einflüsse und Traditionen des Militarismus, des wilden Chauvinismus, der Völker- und Rassenhetze, die in Deutschland so tiefe Wurzeln geschlagen hatten und beileibe noch nicht überwunden sind.

Wo aber ist die Kraft, die alle Gefahren für Frieden und Freiheit bannen und die dunklen Mächte der Reaktion, des Militarismus und Faschismus endgültig überwinden kann?

Diese Kraft kann nur die geeinte Arbeiterklasse im Bündnis mit der Bauernschaft und der schaffenden Intelligenz sein!

In der gegenwärtigen Lage, nachdem der Hitlerfaschismus durch sein Kriegsverbrechen und durch seine millionenfachen Missetaten gegen fremde Völker die nationale Einheit Deutschlands aufs Spiel gesetzt hat, kann nur die Einheit aller antifaschistischen und demokratischen Kräfte des Volkes, die Aktionseinheit über ganz Deutschland hinweg, die

nationale deutsche Einheit

verkörpern und tragen.

Die Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien wird aber nur dann stabil und von Dauer sein, wenn die Einheit der Arbeiterbewegung ihr festes Rückgrat bildet.

Die demokratische Republik wird nur dann als wirklich neue demokratische Ordnung errichtet werden, wenn die einigte Arbeiterschaft ihr Hauptträger ist und sich gegenüber den bourgeoisen Kräften den gebührenden Einfluß sichert.

Der weitere Aufbau der Wirtschaft wird nur dann rasch vonstatten gehen, wenn die geeinte Arbeiterschaft alle reaktionären Sabotageversuche bricht und diese Sache in ihre eigenen Hände nimmt.

Der Frieden wird nur dann gesichert sein, wenn die konsequenteste Friedenskraft, nämlich die Arbeiterklasse im Bunde mit allen Schaffenden, das Schicksal der Nation meistert.

Keine dieser Aufgaben aber kann die Arbeiterklasse erfüllen, wenn sie nicht die Einheit ihrer eigenen Reihen immer fester und tiefer gestaltet!

IV

Die gemeinsame Konferenz ist auf Grund einer eingehenden Analyse der Lage und der Aufgaben zu dem Schluß gelangt, daß überall

neue Schritte

zur Entfaltung der antifaschistischen Aktionseinheit

unternommen werden müssen.

Durch sachliche Aussprache – so wie sie hier auf dieser Konferenz gepflegt wurde – sollen alle noch existierenden Streitfragen im Geiste gegenseitiger Achtung und beiderseitigen Entgegenkommens geklärt werden. Die Organisationsleitungen werden Anweisungen an die Organisationen über die weitere Zusammenarbeit der Genossen in beiden Parteien geben.

In den Selbstverwaltungsorganen, auf dem Gebiet der Wirtschaft, in den Gewerkschaften und Betriebsräten, in Ämtern, Fabriken und Schulen sollen die Kommunisten und Sozialdemokraten noch viel enger und kameradschaftlicher als bisher zusammenarbeiten.

Diese gesteigerte Zusammenarbeit muß ihren Ausdruck auch darin finden, daß überall, wo Wahlen und Abstimmungen stattfinden,

gemeinsame Wahlprogramme

der beiden Arbeiterparteien aufgestellt werden. Die Genossen der Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei werden sich über die Besetzung der politischen Positionen innerhalb der Gemeindeverwaltungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung kameradschaftlich verständigen.

Die Aufstellung gemeinsamer Wahlprogramme soll die Garantie bilden, daß der Wahlkampf nicht zu einem Kampf zwischen SPD und KPD wird, sondern als

*gemeinsamer Kampf der beiden Arbeiterparteien
für eine Arbeitermehrheit*

geführt wird!

Ein gegenseitiger Kampf bei den Wahlen würde zu einem Frevel am schaffenden Volk werden, weil damit nichts anderes erreicht werden könnte, als daß die Reaktion die Oberhand gewinnen würde.

Die gemeinsame Konferenz der KPD und SPD fordert daher die örtlichen und bezirklichen Organisationen beider Parteien in ganz Deutschland auf, im Interesse der Gewinnung einer festen Arbeitermehrheit gemeinsame Wahlprogramme aufzustellen.

V

Die Erweiterung und Vertiefung der Aktionseinheit soll den Auftakt zur Verwirklichung der politischen und organisatorischen Einheit der Arbeiterbewegung, das heißt zur Verschmelzung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Partei Deutschlands zu einer einheitlichen Partei bilden.

Gegenwärtig, wo sich die beiden Arbeiterparteien zum gemeinsamen Handeln zusammengefunden haben und das Lebensinteresse des schaffenden deutschen Volkes auf das dringlichste die Weiterentwicklung der Einheit erfordert, ist der historische Augenblick gekommen, die Lehre aus der gesamten Vergangenheit der Arbeiterbewegung zu ziehen und die

Einheitspartei der Arbeiter

vorzubereiten. Mit dem Übergang zum imperialistischen Zeitalter wurde die marxistische Bewegung immer mehr zerklüftet. Nun ist es genug des gegenseitigen Bekämpfens, genug des Haders und Bruderkampfes! Laßt uns die Hände reichen und gemeinsam die große Idee der Arbeitereinheit voll verwirklichen!

Was soll die neue, einheitliche Partei der sozialistischen Bewegung sein? Diese Frage steht vor uns! Die Konferenz hat zu ihrer Klärung eine

Studienkommission

gebildet, die sich aus je vier Genossen der beiden Parteien zusammensetzt.

Grundsätzlich soll im Programm dieser Partei *im Minimum* die Vollendung der demokratischen Erneuerung Deutschlands im Sinne

des Aufbaus einer antifaschistisch-demokratischen, parlamentarischen Republik mit gesetzlich gesicherten weitgehenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechten der Arbeiter und Werktätigen festgelegt werden; *im Maximum* soll das Programm die Verwirklichung des Sozialismus auf dem Wege der Ausübung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse im Sinne der Lehren des konsequenten Marxismus sein, wie sie im „Kommunistischen Manifest“, im Eisenacher Programm der deutschen Sozialdemokratie und in der Kritik von Marx und Engels zum Gothaer Programm festgelegt sind.

Die Einheitspartei soll selbständig und unabhängig sein.

Es ist ihre Aufgabe, ihre Politik und Taktik entsprechend den Interessen der deutschen Werktätigen und den speziellen Bedingungen in Deutschland zu entwickeln.

Sowohl bei der Verwirklichung des Programm-Minimums als auch des Programm-Maximums soll sie, von den Besonderheiten der Entwicklung unseres Volkes ausgehend, einen eigenen Weg einschlagen. Die restlose Zerschlagung des alten staatlichen Machtapparates und die konsequente Weitertreibung der demokratischen Erneuerung Deutschlands kann auch besondere und neue Formen des Übergangs zur politischen Herrschaft der Arbeiterklasse und zum Sozialismus schaffen.

Ihrer Rolle im täglichen Kampf und ihrer sozialen Zusammensetzung nach soll die Einheitspartei die Klassenpartei der Arbeiter, die Partei des schaffenden Volkes in allen seinen Schichten sein.

In ihrer inneren Verfassung soll die Partei auf dem

Prinzip des demokratischen Bestimmungsrechts

der Mitglieder und der freien Wahl der Parteileitungen beruhen, wobei einmal gefaßte Entscheidungen und Beschlüsse für alle ihre Mitglieder und Organisationen verbindlich sind.

Die Einheitspartei soll auf dem Boden der konsequenten Wahrung aller wirklich nationalen Interessen des deutschen Volkes stehen, was nur auf dem Wege der Rückführung unseres Volkes in die Gemeinschaft der friedliebenden Nationen möglich ist. In

Wahrung der besten Traditionen der Arbeiterbewegung soll die Einheitspartei der

Idee des proletarischen Internationalismus

treu ergeben sein und in diesem Geist auf die Schaffung fester Beziehungen sowohl zur Arbeiterbewegung der bürgerlichen Länder wie zur Arbeiterbewegung der Sowjetunion hinarbeiten. Sie soll die Unterstützung der Arbeiterbewegung in anderen Ländern für ihren Kampf suchen, ebenso wie sie die Pflicht hat, die Sache des Friedens, der Demokratie, des Fortschritts und des Sozialismus gleich in welchem Lande auf das aktivste zu fördern und jedwede Äußerung des Chauvinismus, der Rassen- und Völkerhetze wie der Hetze gegen die Sowjetunion energisch zu bekämpfen.

Die Einheitspartei wird die Einheitsfront aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte weiter stärken, und sie wird die beste Garantie gegen eine neue Spaltung in den Reihen des schaffenden Volkes sein!

Die baldige Verwirklichung der politischen und organisatorischen Einheit der Arbeiterbewegung ist eine dringende nationale Notwendigkeit; denn wie jede Zerklüftung in unseren Reihen die Aufspaltung Deutschlands begünstigen müßte, so bedeutet jeder weitere Schritt zur Festigung der Arbeitereinheit die Stärkung der Einheit Deutschlands.

VI

Auch über den Weg zur Schaffung der Einheitspartei konnte nach lebhafter und kameradschaftlicher Aussprache weitgehende Übereinstimmung erzielt werden.

Der Weg zur Einheitspartei führt über den

raschen weiteren Ausbau der Aktionseinheit.

Im engsten Zusammenhang mit den täglichen Fragen und Aufgaben sollen alle Gruppen und Ortsorganisationen, Bezirks- und Landes- bzw. Provinzialleitungen eine gemeinsame und rege ideologische Aussprache pflegen, wobei besonders die in Punkt V der vorliegenden EntschlieÙung kurz dargelegten Hauptgesichtspunkte über das Wesen der Einheitspartei behandelt werden sollen.

Die bereits überall bestehenden Verbindungskomitees sollen in kurzer Frist durch die

Schaffung gemeinsamer Ausschüsse

(wie solcher für Wirtschaftsfragen, Sozialpolitik, Kultur- und Erziehungsfragen) ergänzt werden.

Die Schaffung einer *gemeinsamen theoretischen Zeitschrift* und des gemeinsamen Verlages „*Einheit*“ durch den Zentralausschuß der SPD und das Zentralkomitee der KPD soll der Anlaß sein, überall eine lebhaft gemeinsame Zirkel- und Schulungstätigkeit zu entfalten.

VII

Die gemeinsame Konferenz der SPD und KPD ist der festen Überzeugung, daß die Grundsätze der vorstehenden Entschliebung den Interessen der Arbeiter und des schaffenden Volkes voll entsprechen. Die Verwirklichung dieser Grundsätze wird den demokratischen Neuaufbau Deutschlands, die Entfaltung des Wirtschaftslebens und die Behebung der gegenwärtigen Notlage breiter Bevölkerungskreise bedeutend beschleunigen.

Insbesondere erklären wir mit feierlichem Nachdruck, daß die Weiterentwicklung der Aktionseinheit zur politischen und organisatorischen Einheit der Arbeiterbewegung die sichere Garantie unseres Erfolges heute und in Zukunft sein wird!

Die Morgenröte einer neuen Zeit bricht damit an!

Mitglieder des Zentralkomitees der KPD
und des Zentralausschusses der SPD

GRUNDSÄTZE UND ZIELE
DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Beschluß des Vereinigungsparteitages
21. April 1946

Zwölf Jahre faschistischer Diktatur, sechs Jahre Hitlerkrieg schleuderten das deutsche Volk in die furchtbarste wirtschaftliche, politische und sittliche Katastrophe seiner Geschichte.

Deutschland wurde in ein Trümmerfeld verwandelt.

Der Hitlerfaschismus war das Herrschaftsinstrument der wildesten reaktionären und imperialistischen Teile des Finanzkapitals, der Herren der Rüstungskonzerne, der Großbanken und des Großgrundbesitzes.

Durch die Spaltung der Arbeiterklasse gelangte der Faschismus zur Macht. Mit grausamstem Terror vernichtete er alle demokratischen Rechte und Freiheiten und verwandelte Deutschland in ein Militärzuchthaus.

Damit war der Weg für eine ungehemmte imperialistische Kriegspolitik frei. Der deutsche Imperialismus opferte seinen Weltmachisansprüchen bedenkenlos das Leben und die Existenz von Millionen Arbeitern, Bauern, Gewerbetreibenden, Geistesarbeitern und vor allem der Jugend, er setzte Existenz und Zukunft der Nation aufs Spiel.

Wo ist der Ausweg aus der Katastrophe?

Militarismus und imperialistische Gewalt- und Kriegspolitik haben Deutschland zweimal in das größte nationale Unglück gestürzt.

Die Sicherung des Friedens, der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und die Erhaltung der Einheit Deutschlands erfordern die Vernichtung der Überreste des Hitlerfaschismus und die Liquidierung des Militarismus und Imperialismus.

Niemals wieder darf die Reaktion zur Herrschaft gelangen!

Dazu ist die Einheit der Arbeiterbewegung und der Block aller antifaschistisch-demokratischen Parteien die wichtigste Voraussetzung.

Von allen Schichten des deutschen Volkes haben die Werktätigen das größte Leid, die größten Lasten getragen. Sie sind die große Mehrheit des Volkes. Auf ihren Schultern ruht in erster Linie die Last des Wiederaufbaus und der Wiedergutmachung.

Das schaffende Volk muß daher auch die Geschichte des neuen demokratischen Deutschlands bestimmen.

Die Arbeiterklasse wird alle demokratischen und fortschrittlichen Kreise des Volkes einen. Sie ist die konsequenteste demokratische Kraft und der entschiedenste Kämpfer gegen den Imperialismus. Sie ist die Kraft, die unser nationales Unglück überwinden wird.

Die Arbeiterklasse allein hat ein großes geschichtliches Ziel: den Sozialismus. Ihr gehört daher im Bunde mit den Werktätigen die Zukunft.

Die bitteren Erfahrungen der Vergangenheit lehren, daß die Arbeiterklasse nur dann die Führung im Aufbau der neuen, freien, unteilbaren deutschen Republik haben wird und zur Umgestaltung der gesamten politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und geistigen Beziehungen, zum Aufbau des Sozialismus nur schreiten kann, wenn sie die Spaltung in ihren eigenen Reihen überwindet, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands schafft und das ganze werktätige Volk um sich sammelt.

Die Vereinigung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Partei Deutschlands ist daher das unaufschiebbare Gebot der Stunde!

Von diesen Erwägungen ausgehend, wird die *Sozialistische Einheitspartei Deutschlands* auf dem Boden folgender Grundsätze und Ziele gebildet:

I. Gegenwartsforderungen

1. Bestrafung aller *Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher*. Beseitigung der Überreste des Hitlerregimes in Gesetzgebung und Verwaltung. Völlige Säuberung des gesamten öffentlichen Lebens,

aller Ämter und Wirtschaftsleitungen von Faschisten und Reaktionären.

2. Beseitigung der *kapitalistischen Monopole*, Übergabe der Unternehmungen der Kriegsschuldigen, Faschisten und Kriegsinteressenten in die Hände der Selbstverwaltungsorgane.

3. Vernichtung des *reaktionären Militarismus*, Entmachtung der Großgrundbesitzer und Durchführung der demokratischen Bodenreform.

4. Ausbau der *Selbstverwaltung* auf der Grundlage demokratisch durchgeführter Wahlen. Leitung aller öffentlichen Einrichtungen und der Wirtschaft durch ehrliche Demokraten und bewährte Antifaschisten. Systematische Ausbildung befähigter Werktätiger als Beamte der Selbstverwaltungsorgane, als Lehrer, Volksrichter und Betriebsleiter unter besonderer Förderung der Frauen.

5. Überführung aller öffentlichen Betriebe, der Bodenschätze und Bergwerke, der Banken, Sparkassen und Versicherungsunternehmungen in die *Hände der Gemeinden, Provinzen und Länder oder der gesamtdeutschen Regierung*. Zusammenfassung der wirtschaftlichen Unternehmungen in *Wirtschaftskammern* unter gleichberechtigter Mitwirkung der Gewerkschaften und Genossenschaften. Stärkste Förderung des Genossenschaftswesens. Begrenzung der Unternehmergewinne und Schutz der Werktätigen vor kapitalistischer Ausbeutung.

6. *Aufbau der Wirtschaft und Sicherung der Währung* auf Grund von Wirtschaftsplänen. Planmäßige Förderung der Bedarfsgütererzeugung in Industrie und Handwerk unter Einschaltung der Privatinitiative. Stärkste Intensivierung und Förderung der Landwirtschaft. Wiederaufbau der zerstörten Städte und beschleunigte Wiederherstellung des Transports und der Sicherheit des Verkehrs. Schaffung der Grundlagen zur Wiedereingliederung Deutschlands in den internationalen Warenaustausch durch Ausfuhr von Bedarfsgütern und Einfuhr fehlender Rohstoffe und Lebensmittel, auch mit Hilfe internationaler Warenkredite. Neuaufbau des Kreditwesens durch öffentliche Kreditinstitute. Arbeitsbeschaffung für alle Werktätigen. Sicherung des lebensnotwendigen Bedarfs der

breiten Volksmassen an Nahrung, Kleidung, Wohnung und Heizung.

7. *Demokratische Steuerreform.* Vereinfachung des Steuerwesens durch straffe Zusammenfassung aller Steuerarten. Stärkere Berücksichtigung der sozialen Lage bei der Steuerbemessung. Die Reicheren sollen die größeren Kriegslasten tragen.

8. *Sicherung der demokratischen Volksrechte.* Freiheit der Meinungsäußerung in Wort, Bild und Schrift unter Wahrung der Sicherheit des demokratischen Staates gegenüber reaktionären Anschlägen. Gesinnungs- und Religionsfreiheit. Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz ohne Unterschied von Rasse und Geschlecht. Gleichberechtigung der Frau im öffentlichen Leben und im Beruf. Staatlicher Schutz der Person. Demokratische Rechts- und Justizreform.

9. *Sicherung des Koalitions-, Streik- und Tarifrechts.* Anerkennung der *Betriebsräte* als gesetzmäßige Vertretung der Arbeiter und Angestellten im Betrieb. Gleichberechtigte Mitwirkung der Betriebsräte in allen Betriebs- und Produktionsfragen.

10. *Achtstundentag* als gesetzlicher Normalarbeitstag. Ausbau des gesetzlichen Arbeitsschutzes, besonders für Frauen und Jugendliche. Ausbau einer einheitlichen Sozialversicherung unter Einbeziehung aller Werkstätigen. Neuordnung der Sozialfürsorge, des Mutter-, Kinder- und Jugendschutzes. Besondere Fürsorge für die Opfer des Faschismus, Betreuung der Umsiedler und Heimkehrer.

11. Demokratische Reform des gesamten *Bildungs- und Erziehungswesens.* Aufbau der Einheitsschule. Erziehung der Jugend im Geiste einer fortschrittlichen Demokratie, der Freundschaft unter den Völkern und einer wahren Humanität. Jeder Deutsche hat das Anrecht auf Bildung nach seinen Anlagen und Fähigkeiten. Trennung der Kirche von Staat und Schule. Kulturelle Erneuerung Deutschlands; Förderung von Literatur, Kunst und Wissenschaft.

12. Herstellung der *Einheit Deutschlands* als antifaschistische, parlamentarisch-demokratische Republik, Bildung einer Zentralregierung durch die antifaschistisch-demokratischen Parteien.

13. Anerkennung der Pflicht zur *Wiedergutmachung* der durch das Hitlerregime den anderen Völkern zugefügten Schäden. Sicherung eines durchschnittlichen europäischen Lebensstandards für das deutsche Volk im Sinne der Potsdamer Konferenz der drei Großmächte.

14. Schärfster *Kampf gegen Rassenhetze* und jedwede Hetze gegen andere Völker. Friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben mit anderen Nationen.

II. Der Kampf um den Sozialismus

Mit der Verwirklichung der Gegenwartsforderungen ist jedoch das System der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung nicht beseitigt und die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise nicht aufgehoben, der Frieden nicht endgültig gesichert.

Das Ziel der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist die Befreiung von jeder Ausbeutung und Unterdrückung, von Wirtschaftskrisen, Armut, Arbeitslosigkeit und imperialistischer Kriegsdrohung. Dieses Ziel, die Lösung der nationalen und sozialen Lebensfragen unseres Volkes, kann nur durch den Sozialismus erreicht werden.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft für die Verwandlung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, für die Verwandlung der kapitalistischen Warenproduktion in eine sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion. In der bürgerlichen Gesellschaft ist die Arbeiterklasse die ausgebeutete und unterdrückte Klasse. Sie kann sich von Ausbeutung und Unterdrückung nur befreien, indem sie zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung und Unterdrückung befreit und die sozialistische Gesellschaft errichtet. Der Sozialismus sichert allen Nationen, allen Menschen die freie Ausübung ihrer Rechte und die Entfaltung ihrer Fähigkeiten. Erst mit dem Sozialismus tritt die Menschheit in das Reich der Freiheit und des allgemeinen Wohlergehens ein

Die grundlegende Voraussetzung zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Dabei verbündet sie sich mit den übrigen Werktätigen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft um diesen neuen Staat auf dem Boden der demokratischen Republik.

Die gegenwärtige besondere Lage in Deutschland, die mit der Zerschlagung des reaktionären staatlichen Gewaltapparates und dem Aufbau eines demokratischen Staates auf neuer wirtschaftlicher Grundlage entstanden ist, schließt die Möglichkeit ein, die reaktionären Kräfte daran zu hindern, mit den Mitteln der Gewalt und des Bürgerkrieges der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse in den Weg zu treten. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus; sie wird aber zu revolutionären Mitteln greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verläßt.

III. Das Wesen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Die geschichtliche Aufgabe der geeinten Arbeiterbewegung ist es, den Kampf der Arbeiterklasse und des schaffenden Volkes bewußt und einheitlich zu gestalten. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat die Gegenwartsbestrebungen der Arbeiterklasse in die Richtung des Kampfes um den Sozialismus zu lenken, die Arbeiterklasse und das gesamte schaffende Volk bei der Erfüllung dieser ihrer historischen Mission zu führen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kann ihren Kampf nur erfolgreich führen, wenn sie die besten und fortgeschrittensten Kräfte der Werktätigen vereint und durch die Vertretung ihrer Interessen *zur Partei des schaffenden Volkes* wird.

Diese Kampforganisation beruht auf dem demokratischen Beschlußrecht ihrer Mitglieder, der demokratischen Wahl aller Parteileitungen und der Bindung aller Mitglieder, Abgeordneten, Beauftragten und Leitungen der Partei an die demokratisch gefaßten Beschlüsse.

Die Interessen der Werktätigen sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise gleich. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erklärt sich daher eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller Länder. Sie fühlt sich solidarisch mit den friedliebenden und demokratischen Völkern der ganzen Welt.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft als unabhängige Partei in *ihrem* Lande für die wahren nationalen Interessen *ihres* Volkes. Als deutsche sozialistische Partei ist sie die fortschrittlichste und beste nationale Kraft, die mit aller Kraft, die mit aller Energie gegen alle partikularistischen Tendenzen für die *wirtschaftliche, kulturelle und politische Einheit Deutschlands* eintritt.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird sich nach diesen Grundsätzen und Forderungen ein Programm geben, das vom Parteivorstand der Mitgliedschaft vorzulegen und vom nächsten ordentlichen Parteitag zu beschließen ist.

Die Einheit der sozialistischen Bewegung ist die beste Gewähr für die Einheit Deutschlands! Sie wird den Sieg des Sozialismus sichern! Der Sozialismus ist das Banner der Zukunft!

In diesem Zeichen werden wir siegen!

INHALT

Vorwort	5
Kapitel I · Der Eroberungskrieg des faschistischen deutschen Imperialismus und die Zerschlagung der Hitlerarmeen durch die Sowjetarmee	7
Die räuberischen Überfälle der Hitlerfaschisten auf die friedlichen Völker Europas	7
Die Niederlagen der Hitlerarmeen von Moskau bis zur Elbe	15
Die Krise des Hitlerregimes; der Kampf der illegalen Widerstandsorganisationen und des Nationalkomitees „Freies Deutschland“	18
Die militärische Niederlage Hitlerdeutschlands und die Versuche des deutschen Monopolkapitals zur Rettung seiner Machtpositionen	34
Die Vorbereitung der KPD auf den Sturz des Hitlerfaschismus und die Schaffung der Grundlagen eines friedliebenden und demokratischen Deutschlands	46
Katastrophe und Befreiung	50
Kapitel II · Die Ingangbringung des wirtschaftlichen und demokratischen Lebens	59
Antifaschisten — Aktivisten der ersten Tage	59
Die Werktätigen bilden neue Verwaltungsorgane	78

Die amerikanische und englische Okkupationspolitik	91
Vereinbarungen der Oberkommandierenden über die Entnazifizierung und Demokratisierung	108
Das antifaschistisch-demokratische Programm des Neuaufbaus Deutschlands	113
Die Lage in der Landwirtschaft nach Kriegsende	133
Die neue Landwirtschaftspolitik	136
Die Bildung einheitlicher, freier Gewerkschaften	145
Um die Rechte der Arbeiterklasse	154
Der Kampf zwischen Gewerkschaften und Großkapitalisten	157
Um die Gleichberechtigung der Frau	164
Ein neues Leben der Jugend begann	169
Die Lage in Westdeutschland 1945	175
Das Potsdamer Abkommen und seine Bedeutung für den Kampf des deutschen Volkes	189
 Kapitel III • Die Zerschlagung der Grundlagen des faschistischen deutschen Imperialismus und die Einigung der Arbeiterklasse	
Die demokratische Bodenreform	208
Der Beginn des systematischen Aufbaus der Wirtschaft	238
Beseitigung der Monopolherrschaft	249
Die Reaktion wird aktiver	250
Die Konzernherren kämpfen um ihre Machtstellungen	256
Der Kampf der Arbeiter gegen die Konzernherren	262
Beschlagnahme der Vermögen der Kriegsverbrecher — Auflösung des Flick-Konzerns in Sachsen	264
Der Widerstand der Konzernherren	267

Die Säuberung der Betriebe in der sowjetischen Besatzungszone	272
Das Zurückbleiben der demokratischen Entwicklung in Westdeutschland	276
Die ersten Schritte zur geistigen Erneuerung des deutschen Volkes	283
Der Einheitswille ergreift die Arbeiterklasse	290
Die letzten Vorbereitungen der Vereinigung	306
Die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands — ein Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung	311

A N H A N G

Die KPD zur deutsch-faschistischen Intervention im Spanischen Bürgerkrieg und zu den Hitleraggressionen gegen Österreich und die Tschechoslowakei · Aus der Resolution der Berner Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands, 30. Januar bis 1. Februar 1939	325
Aus der Erklärung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands zum Abschluß des Nichtangriffspaktes zwischen der Sowjetunion und Deutschland, 25. August 1939	350
Die Kommunistische Partei Deutschlands zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges · Aus der Stellungnahme des ZK der KPD, Ende 1939	354
Aus der gemeinsamen Erklärung der Kommunistischen Parteien Deutschlands, Österreichs und der Tschechoslowakei zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges, November 1939	355
Aus einem Kettenbrief der illegalen Leitung der KPD in Berlin zum Überfall der deutsch-faschistischen Truppen auf Norwegen, April 1940	337

Aus der Erklärung der KPD zum Hitlerangriff gegen Holland und Belgien, Mai 1940	358
Aus dem Protest der KPD gegen das Diktat von Compiègne, Anfang Juli 1940	359
Aus einem Flugblatt der KPD anlässlich des Eindringens deutschfaschistischer Truppen in Bulgarien auf Grund des Verrats der bulgarischen Regierung, März 1941	341
Aus der Erklärung der KPD und des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands zur Kriegserklärung Hitlerdeutschlands gegen Jugoslawien und Griechenland, April 1941 . .	342
J. W. Stalin · Rundfunkrede, 5. Juli 1941	345
Aus der Erklärung der KPD zum heimtückischen Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion	351
Manifest des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ an die Wehrmacht und an das deutsche Volk	355
J. W. Stalin · Ansprache an das Volk, 9. Mai 1945	362
Befehl Nr. 1 des Chefs der Besatzung der Stadt Berlin, 28. April 1945	364
Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, 10. Juni 1945	368
Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands, 11. Juni 1945	370
Die antifaschistische demokratische Einheit ist da · Einheitsfront der Kommunistischen Partei Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands und der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands, 14. Juli 1945	380
Provinzial- und Landesverwaltungen für die Provinz Brandenburg und die Länder Mecklenburg und Sachsen	385
Das Potsdamer Abkommen, 2. August 1945	385
Verordnung über die Bodenreform in der Provinz Sachsen, 3. September 1945	406

Statistische Angaben über die Bodenreform	414
Befehl Nr. 17 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung und Oberbefehlshabers der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland, 27. Juli 1945	417
Aufruf zur demokratischen Schulreform, 18. Oktober 1945	420
Befehl Nr. 124 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung und Oberbefehlshabers der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland, 30. Oktober 1945	425
Gemeinsame Konferenz des Zentralausschusses der SPD und des Zentralkomitees der KPD mit den Vertretern der Bezirke · Entschließung, 20.—21. Dezember 1945	429
Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands · Beschluß des Vereinigungsparteitages, 21. April 1946	440

FAKSIMILES

„Freies Deutschland“ Nr. 1, 19. Juli 1945 · Manifest des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ an die Wehrmacht und an das deutsche Volk	32
Befehl Nr. 1 des Chefs der Besatzung der Stadt Berlin, 28. April 1945	60
Befehl des Militärkommandanten der Stadt Berlin, Generaloberst Bersarin, vom 13. Mai 1945 über die Lebensmittelversorgung der Berliner Bevölkerung · Ausschnitt aus der „Täglichen Rundschau“ Nr. 1 vom 15. Mai 1945	68/69
„Berliner Zeitung“ Nr. 1, 21. Mai 1945 · Berlin lebt auf! Feierliche Gründungsversammlung des Magistrats von Groß-Berlin	72
„Berliner Zeitung“ Nr. 21, 10. Juni 1945 · Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung	112

„Deutsche Volkszeitung“ Nr. 1, 15. Juni 1945 · Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands	115
„Deutsche Volkszeitung“ Nr. 25, 11. Juli 1945 · Rasche Erntehilfe tut not!	142
Karikatur aus dem „Sozialdemokrat“, 7. Mai 1947	185
„Volkszeitung“, Dresden, Nr. 31, 6. September 1945 · Junkerland in Bauernhand!	214
„Deutsche Volkszeitung“ Nr. 80, 13. September 1945 · Inangsetzung der Industrie	244
„Deutsche Volkszeitung“ Nr. 166, 23. Dezember 1945 · Gemeinsame Konferenz des Zentralaussschusses der SPD und des Zentralkomitees der KPD mit den Vertretern der Bezirke	294
„Manifest an das deutsche Volk“, beschlossen vom Vereinigungsparteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands · „Neues Deutschland“ Nr. 1 vom 23. April 1946	515